Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeiger 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 191. Sonnabend, den 17. August 1907. 14. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage u. „Die Neue Welt".

Zum Stuttgarter Kongreß.

Genosse Franz Mehring schreibt in der „Neuen Zeit":

Zum zwölften Male, aber zum ersten Male auf deutschem Boden tritt am Sonntag in Stuttgart ein Kongreß des internationalen Sozialismus zusammen.

Seine Vorläufer sind einmal von England (London 1896), zweimal von Frankreich (Paris 1889 und 1900), zweimal von Belgien (Brüssel 1868 und 1891), zweimal von Holland (Haag 1872 und Amsterdam 1904) und viermal von der Schweiz (Genf 1866, Lausanne 1867, Basel 1869 und Zürich 1893) empfangen worden. Wie diese Aufzählung ergibt, hat das internationale Parlament des modernen Proletariats achtmal in kleinen Staaten getagt, die mehr oder weniger außerhalb der großen Welthändel stehen, und dreimal in großen Reichen. Für dieses Mal tritt er in einem großen Reiche zusammen, aber nicht in seiner Hauptstadt. So war auch im Jahre 1870 der Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation für Mainz geplant, doch scheiterte seine Einberufung an dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

Es ist reichlich spät, daß die deutsche Arbeiterklasse ihre ausländischen Brüder auf ihrer heimischen Erde begrüßt. Jedoch die Schuld daran trägt nicht die Vernachlässigung, sondern eher die Erfüllung ihrer internationalen Pflichten. Nicht zum wenigsten deshalb entfesselte sie jenen Haß, der vor keiner europäischen Blamage zurückschreckt, wenn es gilt, den preußischen Polizeistock über dem Proletariat zu schwingen. Erstaunlich war das für niemand als, um mit Marx zu sprechen, für „den blöden Schwärmer, der einer preußischen Regierung und den in Preußen herrschenden Klassen Stärke genug zutraut, auch ihren Feinden, solange sie sich auf dem Gebiet der Diskussion und der Propaganda halten, freien Spielraum zu gewähren." Die Angst vor den Ausländern und Fremden, die nach dem satirischen Dichterwort zumeist den Geist der Rebellion säen, ist immer eine kennzeichnende Eigentümlichkeit der borussischen Krähwinkelei gewesen.

Aber seien wir auch unbefangen genug, anzuerkennen, daß die deutsche Arbeiterbewegung und der deutsche Sozialismus niemals den kapitalistischen Vorurteilen geschmeichelt haben, die sich von nationalen Schlagworten eine gleißende Hülle borgen. Schon ehe das Kommunistische Manifest erklärte, daß die Arbeiter kein Vaterland hätten, durchschaute Wilhelm Weitlings urwüchsiger Kommunismus die patriotische Lüge, „die den wütendsten Feinden des Fortschritts und der Freiheit aller zum letzten Notanker ihrer Irrtümer, zum Rettungsbalken ihrer Vorrechte dient", und er warf sie ihnen vor die Füße, „um unter das Banner der Menschheit zu flüchten, das keine Hohen und Niederen, keine Armen und Reichen, keine Herren und Knechte unter seine Verteidiger zählen wird". Weitling traf das internationale Wesen der modernen Arbeiterbewegung mit der Frage: „Welche Liebe kann heute der wohl zum sogenannten Vaterland haben, der nichts darin zu verlieren hat, was er nicht in allen fremden Ländern wiederzufinden imstande ist?" Ob Hinz oder Kunz, ob Napoleon, Friedrich Wilhelm oder Nikolaus die Herrschaft ausübt, die Arbeiter müßten unter dem einen Herrscher ebenso den Esel machen wie unter dem anderen.

Weitling war das Sprachrohr der deutschen Arbeiter, die in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zum Klassenbewußtsein zu erwachen begannen; ihr instinktiv richtiges Empfinden erhoben dann vornehmlich deutsche Denker zur Höhe klarer wissenschaftlicher Erkenntnis, die freilich nicht deutschen Ursprungs allein war, sondern ebenso ein Produkt der englischen Industrie und der französischen Revolution wie der deutschen Philosophie. Marx und Engels bauten den Bund der Kommunisten auf internationaler Grundlage auf, und sie veröffentlichten das Kommunistische Manifest, worin es hieß, daß vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, zu den wesentlichsten Vorbedingungen für die Befreiung des modernen Proletariats gehöre. Auf großer Stufenleiter konnten sie ihre Gedanken jedoch erst verwirklichen, als im Anfang der sechziger Jahre, nach dem Jahrzehnt der Konterrevolution, die europäische Arbeiterbewegung einen neuen, nunmehr unaufhaltsamen Siegeslauf nahm und sich alsbald ihres internationalen Wesens bewußt werde.

Was ihr darüber zur Klarheit verhalf, war eine Frage, die auch den Stuttgarter Kongreß beschäftigen wird: die massenhafte Einfuhr von wohlfeilen Arbeitskräften aus ökonomisch unentwickelten Ländern durch das Kapital, um den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der großen Industrie eine Schmutzkonkurrenz zu schaffen. Der Widerstand gegen die Ausbeutungspolitik war die praktische Tatsache, um die sich die Internationale Arbeiterassoziation kristallisierte. Marx hat diesen Bund nicht geschaffen, aber er hat ihm die Form gegeben, worin er eine mächtige Wirksamkeit entfalten konnte. Man hat neuerdings versucht, diese Wirksamkeit herabzusetzen, aber sehr mit Unrecht, und am wenigsten ist heute überholt, was sich die Internationale Arbeiterassoziation als ihre Aufgabe und ihren Zweck gesetzt hatte. Sie ließ den nationalen Arbeiterorganisationen auf nationalem Boden völlig freie Bahn; ihr kam es nur darauf an, eine Standarte aufzurichten, die die kämpfenden Arbeiterheere der einzelnen Länder nie aus den Augen verlieren durften, wenn sie nicht auf trügerische Irrwege geraten, wenn sie die große gemeinsame Siegesstraße des Proletariats erreichen wollten; sie sollte einen Boden schaffen für die internationale Aktion des Proletariats, indem sie die Hindernisse beseitigte, die der Befreiung der Arbeiter auf internationalem Gebiet entgegenstanden. In den Beschlüssen der fünf Kongresse, die die Internationale in Genf, Lausanne, Brüssel, Basel und im Haag abgehalten hat, ist unter diesem Gesichtspunkt ein Schatz wertvoller Gedanken enthalten, der selbst heute schwerlich schon völlig gehoben ist.

So ist auch über die wirklichen Ursachen ihres Zusammenbruchs schwerlich schon das letzte Wort gesprochen worden. Oder doch wenigstens nicht über den inneren Zusammenhang dieser Ursachen, wie sie äußerlich in dem Falle der Pariser Kommune, den Intriguen Bakunins, dem Abfall der Trade Unions hervortraten. Entscheidend war am letzten Ende doch wohl, daß die proletarische Bewegung zu groß und zu weitläufig geworden war, um nicht ihr internationales Band als ein Hindernis ihrer Bewegungsfreiheit zu empfinden. Nicht als ob sie deshalb den Gedanken der internationalen Solidarität preisgegeben hätte! Dieser Gedanke hatte vielmehr so tiefe Wurzeln geschlagen, daß er keiner äußeren Stütze mehr bedurfte, und die nationalen Arbeiterparteien entwickelten sich durch die industriellen Umwälzungen der siebziger Jahre schon so eigentümlich und kräftig, daß sie über den Rahmen der Internationalen Arbeiterassoziation hinauswuchsen. Wie namentlich aus den Briefen von Marx und Engels an Sorge hervorgeht, war es keineswegs die Meinung des Haager Kongresses die Internationale für immer zu begraben, als er den Sitz ihres Generalrates von London nach Newyork verlegte; erst die historische Entwicklung der Dinge selbst hat bestätigt, daß diese Verlegung das Ende der Internationale bedeutete.

Aber das praktische Bedürfnis, das sie hervorgerufen hatte, meldete sich sehr bald wieder in dem Prozeß der nationalen Differenzierung, der die gemeinsamen kosmopolitischen Interessen des Proletariats zeitweise in den Hintergrund gedrängt hatte. Den praktischen Anstoß gab diesmal die immer klarer sich entwickelnde Notwendigkeit, die Arbeiterklasse durch internationale Schutzgesetze gegen die internationale Ausbeutung des Kapitals zu schirmen. Nach manchen vergeblichen Anläufen brachte der deutsche Parteitag in St. Gallen, gerade vor zwanzig Jahren, den Stein ins Rollen, indem er die Parteileitung beauftragte, im Verein mit den Arbeiterverbindungen anderer Länder, für den Herbst 1888 einen allgemein internationalen Arbeiterkongreß einzuberufen, zu dem Zwecke, gemeinsame Schritte der Arbeiter aller Länder zur Verwirklichung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen. Der Parteitag von St. Gallen fiel in dasselbe Jahr, wo die deutsche Partei in den Faschingswahlen schwere Mandatsverluste erlitten hatte und Bismarck mit dem sogenannten Achtungsgesetz einen Schlag vorbereitete, der sie noch weit über das schon ins neunte Jahr währende Sozialistengesetz hinaus vogelfrei machen sollte. In dieser nationalen Bedrängnis vertraute die deutsche Partei um so sicherer auf die Kraft des internationalen Gedankens, und dies Vertrauen hat sie nicht getäuscht.

Nicht zwar schon im Herbst 1888, aber doch im Sommer 1889, am Jahrhunderttage des Sturmes auf die Bastille, begann die Geschichte der neuen Internationalen mit dem Kongreß in Paris. Es war ein prächtiger Auftakt, dem die nächsten Kongresse in Brüssel, Zürich und London nicht völlig entsprachen. So wurden manche Zweifel laut an der Nützlichkeit solcher internationalen Kongresse. Es schien fast, als ob sie die internationale Solidarität des Proletariats mehr störten als förderten. Doch dieser Schein trog, denn wenn mit der mächtigen Ausbreitung der revolutionären Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern die Schwierigkeit einer internationalen Verständigung wuchs, so wuchs in demselben Maße die Notwendigkeit dieser Verständigung. So sehr sich die Form der alten Internationale überlebt haben mag und so reaktionär deshalb jeder Versuch sein würde, sie wiederherzustellen, so bedarf die Arbeiterbewegung immer noch des Geistes, der in ihr lebte, und dieser Geist bedarf eines Körpers, durch den er sich äußern kann. Da die internationale Solidarität eine unerläßliche Vorbedingung für den Sieg der modernen Arbeiterbewegung ist, so kann diese Klasse eine internationale Organisation nicht entbehren.

Hierüber läßt sich schließlich nicht mehr streiten, und so suchen die Zweifler, die leider auch in deutschen Blättern ihre Stimme erhoben haben, die Zuständigkeit der internationalen Kongresse möglichst zu beschränken. Sie sollen den Arbeiterführern der verschiedenen Länder die Gelegenheit geben, sich kennen zu lernen und ihre Ansichten auszutauschen, aber Beschlüsse sollen sie nicht fassen dürfen. Würden die internationalen Kongresse tatsächlich auf diese Stufe gemütlicher Kaffeekränzchen herabgedrückt, so wäre es freilich besser, mit ihnen völlig aufzuräumen. Gewiß kann es nicht ihre Aufgabe sein; sich als Gerichtshöfe über das Tun und Lassen der nationalen Arbeiterparteien aufzutun, aber unmöglich kann ihnen die Befugnis genommen werden, die Richtlinien festzulegen in allen Fragen, die die internationalen Interessen der Arbeiterklasse berühren.

Zum Glücke hilft die praktische Entwicklung des proletarischen Emanzipationskampfes immer über alle doktrinären Bedenken und Zweifel fort. Mit dem neuen Jahrhundert, mit dem zweiten Kongreß in Paris haben die internationalen Arbeiterkongresse eine aufsteigende Bewegung genommen, und wir hoffen, daß sie diese Bewegung in Stuttgart fortsetzen werden. Es ist hier nicht der Ort, nochmals die Aufgaben näher zu beleuchten, die der erste internationale Kongreß, der auf deutschem Boden tagt, zu lösen haben wird; so viel erhellt auf den ersten Blick, daß alle diese Fragen, so verschieden sie für die Arbeiterparteien der einzelnen Länder liegen mögen, dennoch in ihre gemeinsamen, internationalen Interessen tief einschneiden, so daß sie mit allem historischen Rechte den Beratungen und Beschlüssen dieses Kongresses unterliegen.

Und so mögen seine Arbeiten den hohen Erwartungen entsprechen, womit ihnen das Proletariat der gesamten Welt entgegensieht; ein Wunsch, der so aufrichtig ist wie das Willkommen, womit die deutsche Partei ihre Gäste begrüßt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die „Einigkeit" des Freisinns in der Wahlreformfrage.

An der „vollen Harmonie der Linksliberalen" in der Wahlrechtsfrage, über die Herr Naumann sich in seinem jüngsten Artikel so sehr erfreut aussprach, scheint es in der harten Wirklichkeit gar sehr zu fehlen. Augenscheinlich erstreckt sich die „Harmonie" nur so weit, daß alle Freisinnigen eine Wahlreform irgend einer Art wollen und befürworten. Aber darüber, wie der Inhalt der Wahlreform beschaffen sein soll, sowie darüber, welche Wege zur Erreichung derselben eingeschlagen werden sollen, gehen die Meinungen offenbar weit auseinander. Unsere Zweifel, ob alle Freisinnigen geneigt sein würden, ernsthaft und tatkräftig für die Erlangung des Reichstagswahlrechts für Preußen einzutreten, wie behauptet worden, erhalten immer mehr Nahrung. Es gewinnt nachgerade den Anschein, als ob nur der ehemals nationalsoziale Flügel des Freisinns bereit ist, einen ernsten Kampf um das Reichstagswahlrecht zu wagen. In diesem Sinne unterstützt der frühere Abgeordnete von Gerlach Naumanns Forderung in der „Hess. Landesztg.". Er schreibt:

„Die deutsche Demokratie hat vor ihrem politischen Gewissen die Pflicht, durch keinerlei Extratouren mit der Regierung sich von dem energischen Kampf für den wahren Konstitutionalismus ablenken zu lassen. . . . Mit liberalisierenden Pflästerchen, wie der Reform des Börsengesetzes oder dergleichen, sind die schweren Schäden unseres innerpolitischen Lebens nicht zu heilen. Es gilt den Reichstag wieder zu einer wirklichen Volksvertretung zu machen, wie er von der Verfassung gedacht ist. Heute ist er ein Werkzeug der Regierung, dazu bestimmt, der Willkür des Bundesrates ein konstitutionelles Mäntelchen umzuhängen. Ist die Regierung nicht gewillt, diesem Spiel ein Ende zu machen, so erfüllt der Liberalismus seine nationale Aufgabe besser in der Opposition: andernfalls hat die Sozialdemokratie recht, wenn sie sich allein als die Verfechterin der Volksrechte hinstellt."

Und Naumann erklärt neuerdings in der „Hilfe": „Wir meinen, die Erklärungen der Linksliberalen haben es an Deutlichkeit nicht fehlen lassen, wie viel oder wie wenig sie geneigt sind, in dieser Frage auf den Bestand des Blocks Rücksicht zu nehmen."

An Deutlichkeit fehlt es leider noch immer. Hat doch Naumann selbst in seinem früheren Artikel im „Berl. Tagebl." die Wahlreform mit dem Block verkuppelt und sie im wesentlichen als Werk Bülows gezeichnet, der aus Rücksicht auf den Block nicht um die Wahlreform sollte herumkommen können und den liberalen Wünschen sollte

nachgeben müssen. Wenn Naumann sich inzwischen überzeugt hat, daß der Bestand des Blocks durch die Wahlreformbewegung gar leicht gefährdet werden kann, daß auf ihn keine Hoffnungen gebaut werden mögen, so möge er das mit aller Deutlichkeit sagen.

Wenn Naumann nicht gewillt ist, die ernsthafte Wahlreform dem Bestande des Blocks zu opfern, so sind eine Reihe seiner Blockgenossen um so mehr dazu bereit, das zu tun. Der „Block" liegt ihnen mehr am Herzen als eine wirklich demokratische Wahlreform, und sie wollen sich lieber bei einer „Wahlreform" bescheiden, die mit dem Block gemacht werden kann, sei sie auch noch so unzulänglich, als daß der Block darüber in Trümmer geht. In diesem Sinne haben sich bereits „Weser-Zeitung" und „Voss. Ztg." mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, und die freisinnige „Bresl. Ztg." singt dasselbe Lied mit anderen Worten:

„Das preußische Wahlrecht ist unhaltbar. Das soll nach den letzten Nachrichten selbst die Regierung eingesehen haben. Sie soll sich mit einer Umgestaltung beschäftigen. Man kann wohl sagen, daß diese über die Lebensfähigkeit des „Blockes" entscheidet. Hätten die Liberalen allein die Gewalt in der Hand, so würden sie selbstverständlich das allgemeine Stimmrecht einführen. Allein, da ohne die Konservativen nichts zu machen ist, so müssen wir mit dem Widerstand dagegen rechnen. Diesen Widerstand zu beseitigen oder wenigstens so weit zu verringern, daß für liberale Männer eine Verständigung möglich ist, das wird die Hauptaufgabe der praktischen Politik des nächsten Winters sein. Wir wollen einen Fortschritt, und wenn Regierung und Konservative dazu die Hand bieten, werden wir Liberalen uns solchem Zusammenwirken nicht versagen."

Das Resultat solchen Zusammenwirkens, der famosen konservativ-liberalen Paarung, wird selbstverständlich nicht das Reichstagswahlrecht sein, sondern höchstens irgend eine kleine Flickerei, die weit entfernt ist von einer wirklichen Demokratisierung des Wahlrechts. Wer etwas vom Wesen des Freisinns kennt, der hört aus diesen Berufungen auf die Notwendigkeit der Mitwirkung der Konservativen die unausgesprochene Genugtuung heraus, daß es nicht anders geht und daß keine Gefahr besteht, mit der Programmforderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts beim Wort genommen zu werden.

Eine Steuer mit lahmen Füßen.

Soeben werden von der offiziösen statistischen Korrespondenz die Ergebnisse der Warenhaussteuer in Preußen vom Jahre 1906 veröffentlicht. Im vergangenen Jahre haben danach 90 Warenhausinhaber zu dieser widersinnigsten aller Steuern mit 2 525 000 Mk. beigetragen. Gegen 1905 bedeutet das eine Zunahme von 365 000 Mark; hinter dem Jahre 1901, in dem zum erstenmal die Steuer zur Erhebung kam, bleibt jedoch der Ertrag immer noch um nicht weniger als 550 000 Mk. zurück. 1901 waren 109, 1905 93 und 1906 nur 90 Warenhausbetriebe steuerpflichtig. Dazu führt die genannte Korrespondenz aus:

> Die Bewegung von 1901 bis 1906 läßt darauf schließen, daß die Warenhaussteuer hin und wieder von der Gründung neuer Unternehmungen im Sinne des Warenhaussteuergesetzes abgehalten hat; hauptsächlich wurde aber infolge Beschränkung auf Waren einer einzigen der gesetzlich vorgesehenen Warengruppen, also durch Verwandlung in Spezialgeschäfte, so im Jahre 1902 von 19 bis dahin steuerpflichtig gewesenen Warenhäusern mit 17,29 Millionen, im Jahre 1903 von 9 mit 6,76 Millionen Mark Jahresumsatz, Steuerfreiheit erzielt. Betrachter man den durchschnittlich auf einen Warenhausbetrieb entfallenden Steuerbetrag, der 1901 28 201, 1905 nur 23 230, im Berichtsjahr hingegen 28 058 Mark betrug, so ergibt sich für die neueste Zeit eine günstige Entwicklung der bestehen gebliebenen Unternehmungen, deren weitere Ausdehnung offenbar durch die Warenhaussteuer nicht beeinträchtigt wird, zumal sie vielfach vom Großkapital unterstützt werden und die Steuer abzuwälzen verstanden haben. Hand in Hand mit dem Aufschwunge im Warenhausgewerbe geht neuerdings ein beträchtlicher Rückgang des gewerblichen Kleinbetriebes.

Mit anderen Worten: unumwunden wird zugegeben, daß die Warenhaussteuer von 1900, mit der nach fünfjährigem Geschrei den mittelständlerischen Kleinhändlern der Mund gestopft wurde, nicht den geringsten Erfolg gehabt hat, und die Begründung, die der Reichsparteiler Gamp bei der Beratung der Steuern gab, daß man die wirtschaftlich selbständigen Personen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie brauche, beweist heute nach obigen Ergebnissen nur, daß sich wirtschaftliche Naturgesetze nicht vergewaltigen lassen. Zunächst ist die Prophezeiung eingetroffen, daß diese Steuer auf den Umsatz mit Leichtigkeit von den Inhabern der Warenhäuser abgewälzt werden kann. Diese Abwälzung erfolgt zunächst auf den Produzenten, von dem man noch höhere Rabatte herauspreßte und der sich dann noch weniger dazu verstand, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen, zumal wenn er, wie häufig, fast ausschließlich für Warenhäuser produzierte. Weiter ist es dem Warenhausbesitzer mit Leichtigkeit möglich, die Steuer auf seine Angestellten abzuwälzen, was auch in der Tat geschehen ist. Der dritte Ausweg war der, — und er ist nach obigen Ziffern auch ausgiebig beschritten worden — daß die großkapitalistischen Spezial- und Versandgeschäfte sich ausbreiteten, die von den Eigentümlichkeiten der preußischen Warenhaussteuer nicht getroffen werden können. Aber gerade diese großen Spezialgeschäfte sind für den Kleinhandel als Konkurrenten viel erheblicher als die Warenhäuser, sodaß die biederen Mittelständler vom Regen in die Traufe gekommen sind. Freilich, in den Spezialgeschäften ist überwiegend arisches, in den Warenhäusern semitisches Kapital wirksam, und dieses scheint für die antisemitischen Kleinhändler mit viel schmerzhafteren Stacheln versehen zu sein.

Die Sozialdemokratie verwirft jede Umsatzsteuer. Erstens kann die Größe des Umsatzes nie eine gerechte Steuerquelle sein, wobei man nur etwa an die Umsatzhöhe eines Juwelierladens zu denken braucht. Dann aber ist die Warenhaussteuer eine nackte Ungerechtigkeit. Wie sich der Kleinkaufmann durch das Warenhaus beeinträchtigt fühlt, ebenso sieht sich der kleine Müller von der Großmüllerei, der kleine Bankier von der Großbank, der Handwerker vom Großbetriebe in seiner Existenz bedroht. Nach ihrer Leistungsfähigkeit, nach ihrem Ertrage sollen natürlich progressiv alle Betriebe besteuert werden. Aber Ausnahmegesetze einer kleinen Gruppe von Interessenten zuliebe sind zu verwerfen, zumal in Gestalt einer sinnlosen Umsatzsteuer.

Im übrigen weist gerade die preußische Warenhaussteuer einen nicht übeln Treppenwitz auf. Die Einkünfte aus ihr werden nämlich den Gemeinden überwiesen, zur „Erleichterung des Kleinbetriebes". Was es mit dieser rührende Bestimmung auf sich hat, kann sich jedermann an den Fingern ausrechnen.

„Gute", „beste" und „angenehmste" Beziehungen.

In Wilhelmshöhe, wo sich am Mittwoch Eduard VII. und Wilhelm II. begegneten, wurden nach der höfisch offiziösen Stilisierung folgende Trinksprüche getauscht:

Wilhelm II.:

„Ich bitte Euer Majestät, der Kaiserin und Meinen wärmsten Dank entgegennehmen zu wollen für den freundlichen Besuch, den Euer Majestät Uns beiden gemacht haben. Ich erblicke in diesem Besuch den Ausdruck der verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Gefühle, die Euer Majestät hegen für die Kaiserin, für Mich und Mein Haus, Gefühle, die begründet sind in den alten Beziehungen zwischen Unseren Häusern von langer Zeit her, als wir gemeinsames Leid trugen an den Särgen Meiner lieben Eltern und an der Bahre der großen Königin, Meiner Großmutter. Zu gleicher Zeit aber erblicke Ich in Euer Majestät Besuch den Ausdruck guter Beziehungen zwischen Unseren beiden Völkern. Auf der Fahrt zum Schloß konnten Euer Majestät in den Augen der Bürger von Kassel und ihrer Kinder und später bei Unserer Rundfahrt durch die schönen Fluren und stillen Wälder in den Gesichtern aller derer, welche die Ehre und Freude gehabt haben, Euer Majestät zu sehen, das Gefühl dankbarer Ehrerbietung für diesen Besuch lesen. Ich bitte Euer Majestät um die Erlaubnis, Mein Glas zu erheben auf das Wohl Euer Majestät; Euer Majestät erhabenen Gemahlin der Königin, des gesamten Großbritannischen Königshauses und Euer Majestät Volkes."

Eduard VII:

„Ich bitte Euer Majestät von ganzem Herzen Meinen besten Dank aussprechen zu dürfen für die so gütigen und freundlichen Worte. Euer Majestät können versichert sein, daß es Mir eine große Freude bereitet hat, zu diesem leider nur so sehr kurzen Besuch hierher zu kommen. Euer Majestät und Ihrer Mäjestät der Kaiserin kann Ich nicht genügend danken für den herzlichen Empfang, der Mir geworden ist, für den Empfang von seiten der Armee Euer Majestät und von dem Volke, wie es Uns in den Straßen begegnet ist. Euer Majestät wissen, daß es Mein größter Wunsch ist, daß zwischen Unsern beiden Ländern nur die besten und angenehmsten Beziehungen bestehen. Ich freue Mich sehr, daß Euer Majestäten Mich bald in England besuchen werden. Ich bin fest davon überzeugt, nicht nur Meine Familie, sondern das ganze englische Volk werden Eure Majestäten mit der größten Freude empfangen. Ich erhebe Mein Glas auf das Wohl Euer Majestäten."

Schade nur, daß diese „guten", „besten" und „angenehmsten" Beziehungen des angenehmen metallischen Beigeschmacks unausgesetzter Panzerschiffsrüstungen nicht entbehren!

Wie auch in den höchsten Regionen der Wind wehen mag, ob es stürmt oder ob der Zephyr säuselt; weitergerüstet wird auf alle Fälle!

Sollten, da die Politik der gekrönten Häupter so kläglich versagt, nicht endlich die Völker selbst das politische Steuerruder mit entschlossener, kräftiger Hand ergreifen?!

Tierschutz und Menschenqual.

Von einer Vereinigung, die den Pferdeschutz zum Zweck hat, ist das Verlangen ausgesprochen worden, besondere gesetzliche Bestimmungen über die Bestrafung der Tierquälerei zu erlassen.

Die „Deutsche Tagesztg." schreibt dazu:

„Mit dem Ziele dieses Vorgehens sind wir vollkommen einverstanden. Es liegt auf der Hand und bedarf keiner besonderen Darlegung, daß die Strafen für Tierquälereien viel zu niedrig sind und deshalb nicht im genügenden Maße abschreckend wirken können. Außerdem tritt die Bestrafung nur unter gewissen Bedingungen ein; da diese Bedingungen, z. B. Ärgerniserregung und Öffentlichkeit, nicht immer vorhanden sind, bleiben viele Fälle häßlicher und roher Tierquälerei überhaupt unbestraft. Wenn wir demnächst an eine Reform des Strafgesetzbuches herangehen, werden wir darauf bedacht sein müssen, einmal die Strafen für Tierquälerei erheblich zu erhöhen, dann aber auch in zweckmäßiger Weise dafür zu sorgen, daß möglichst keine Tierquälerei straflos bleibt. Es gibt wenige Verbrechen, die eine solche Roheit bekunden und die im Volke so verhaßt sind, wie die Tierquälerei. Das Tier, das sich nicht zu wehren vermag, das bisweilen sogar seinen Schmerz nicht kundgeben kann, böswillig, absichtlich oder auch fahrlässig zu quälen, verrät eine gemeine, bübische, ja viehische Gesinnung, die des Menschen unwürdig ist. Den rohen Tierquäler, der nur aus Lust an der Erregung von Qualen sündigt, und der sich an der Qual selbst ohne besonderen Grund weidet, werden auch hohe Geld- und Gefängnisstrafen nicht abschrecken. Hier empfindet das gesunde Volksbewußtsein wieder einmal, daß die Strafmittel, die unser Strafgesetzbuch bietet, nicht genügen. Wir werden, man mag sich noch so sehr dagegen sträuben, schließlich nicht umhin können, andere Strafmittel zu suchen, die dem Grundsatze mehr entsprechen, daß die Strafe der Tat angemessen sein müsse. Wer das arme, in seine Gewalt gegebene Tier mißhandelt, quält, peinigt, der wird am zweckmäßigsten dadurch bestraft, daß man auch bei ihm Schmerz erregt. Seine Tat ist unmenschlich, menschenunwürdig, also kann und soll auch die Strafe dementsprechend sein."

Auch wir sind der Ansicht, daß Tierquälerei unmenschlich und menschenunwürdig ist und Strafe verdient. Aber dem Agrarierorgan möchten wir raten, sein gutes Empfinden für die Tiere auch auf die Menschen zu erstrecken. Es wird viel mehr unmenschlich und menschenunwürdig von Menschen gegen Menschen gehandelt, als von Menschen gegen Tiere. Unendlich vielerbärmlicher, verächtlicher und strafbarer als der Tierquäler ist der Menschenquäler. So besonders der Soldatenschinder, der militärische Vorgesetzte, der die in seine Gewalt gegebenen Söhne eines Kulturvolkes mißhandelt, quält, nicht selten in raffiniert scheußlicher Weise. Die „Deutsche Tageszeitung" fordert, womit wir selbstverständlich nicht einverstanden sind, die Prügelstrafe für den Tierquäler. Wenn wir ihr zumuten würden, so konsequent zu sein und diese Strafe auch für Soldatenschinder, sowie für Schutzleute ꝛc., die wehrlose Gefangene mißhandeln, zu verlangen, so würde sie diese Zumutung gewiß zurückweisen. Sie hat ja für Soldatenschinder und prügelnde Schutzleute noch immer Worte der Entschuldigung, und für unsere Kolonialbestien gar Worte der Rechtfertigung gehabt. Ihr steht das Stück Vieh höher als der Mensch. Sie fordert Pferdeschutz und verteidigt Menschenquälerei. Diese Art von „Humanität" ist eine sehr bedenkliche.

Der „Hochverrat" Liebknechts junior.

Zu dem Hochverratsverfahren, das gegen den Genossen Dr. Karl Liebknecht eingeleitet worden ist, macht die „Leipziger Volkszeitung" in einem Artikel interessante Mitteilungen. Zuerst wollte danach der Oberreichsanwalt in der beschlagnahmten Schrift Liebknechts die angebliche hochverräterische Absicht des Verfassers darin entdeckt haben, einen Krieg Frankreichs gegen Deutschland anzuzetteln! „Davon ist," so heißt es weiter wörtlich in der „L. V.", „der Oberreichsanwalt in seiner Anklageschrift nun allerdings zurückgekommen und findet die Vorbereitung des Hochverrats in anderen Ausführungen Liebknechts, doch ist die öffentliche Kritik durch die Beschlagnahme der Schrift gehindert, nachzuprüfen, ob der Oberreichsanwalt nun in der Tat durch Nacht zum Licht vorgedrungen ist.

Wir sehen darin eine schwere Beeinträchtigung des Angeklagten, auch wenn alle gesetzlichen Formen beobachtet sein sollten, und wir würden eine noch schwerere Beeinträchtigung seiner Interessen darin erblicken, wenn dieser Prozeß — wozu ja formell die gesetzliche Möglichkeit gegeben wäre — auch fernerhin unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden sollte. Kommt es in der Tat zur Eröffnung des Hauptverfahrens, was zur Zeit, wo wir diese Zeilen schreiben, noch nicht feststeht, so darf die Verhandlung nicht hinter verschlossenen Türen geführt werden. Wie wenig durch die öffentliche Führung des Prozesses staatliche Interessen verletzt werden würden, zeigt schon der Umstand, daß der Oberreichsanwalt, der doch gewiß einen feinen und scharfen Blick für die Gefährdung der staatlichen Interessen besitzt, im Juli nicht mehr für hochverräterisch hielt, was er noch im April dafür ansah, dagegen was ihm im April unbedenklich erschien, im Juli für bedenklich erachtete. Dieses Schwanken des Anklägers selbst spricht gewiß nicht für das Vorhandensein eines so handgreiflichen Hochverrats, daß seine Aburteilung vor offenen Gerichtstüren die staatlichen Interessen schädigen könnte, und wenn trotzdem die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden sollte, so würde damit nicht bewiesen sein, daß die angeblich verbrecherische Tat des Angeklagten das Licht der Welt zu scheuen hätte, sondern nur die Anklage des Oberreichsanwalts."

Die „L. V." weist sodann auf den vor 43 Jahren gegen Ferd. Lassalle geführten Hochverratsprozeß hin. Lassalle wurde von genau derselben Anklage, die jetzt gegen den Genossen Karl Liebknecht erhoben wird, damals freigesprochen, und zwar auf seinen Nachweis hin, daß die Anklage gegen das Gesetz verstoße. Lassalle sagte in seiner berühmten Verteidigungsrede:

> „Indem ich nach § 66 der Vorbereitung von Hochverrat angeklagt werde, diese Vorbereitung aber wiederum in einer öffentlichen Aufforderung durch Rede oder Schrift bestehen soll, welche nach dem Gesetze selbst nur eine bestimmte Art von Vorbereitung und deshalb nach dem Gesetze selbst nur dann strafbar ist, wenn sie vollendeten Hochverrat vorbereitet, zu vollendetem Hochverrat auffordert — werde ich somit angeklagt einer Vorbereitung von Vorbereitung von Hochverrat, das heißt eines dem Gesetze gar nicht bekannten Verbrechens, einer Vorbereitung in zweiter Potenz.
>
> Das ist das Tieftraurige bei dieser Anklage, daß sie in dieser Hinsicht ein in den Gesetzbüchern aller Völker und Zeiten unerhörtes Verbrechen, ein crimen novum atque inauditum (ein neues und unerhörtes Verbrechen), das Verbrechen der Vorbereitung von Vorbereitung von Hochverrat zu schaffen sucht."

Da Genosse Liebknecht angeklagt ist, gegen § 86 des deutschen Strafgesetzbuches verstoßen zu haben, der sich mit dem gegen Lassalle ins Feld geführten § 66 des preußischen Strafgesetzbuches deckt, so trifft Lassalles Kritik auch im Falle Liebknecht zu. — Es bleibt aber abzuwarten, ob nicht das Reichsgericht die Einleitung des Hauptverfahrens ablehnen wird, da doch schon vor 43 Jahren die preußische Sternkammer die Anklage zurückwies. Die Geschichte hat über die Erhebung jener Anklage gegen Lassalle ja auch alles andere als ein schmeichelhaftes Urteil gefällt. . . . .

Dänemark.

Wider die Herrschaft der Kirche in der Volksschule. In der vorigen Woche fand in Kopenhagen ein großer Schulkongreß statt, an dem ungefähr 2500 Lehrer und Lehrerinnen Dänemarks teilnahmen. U. a. nahm der Kongreß mit allen gegen eine Stimme eine Resolution an, in der Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und Einführung einer pädagogisch sachverständigen Aufsicht, sowie einer von Vertretern der Bevölkerung auszuübenden Kontrolle der Schulen verlangt wird. Weiter wurde über das Verhältnis zwischen Kirche und Schule und besonders über den Religionsunterricht gesprochen. Minder radikale Lehrer sprachen sich dafür aus, daß wenigstens jeder Zwang zur Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht beseitigt werde, und ebenso für die Lehrer jeder Zwang, Religionsunterricht zu erteilen. Radikaler gesinnte Lehrer wünschten dagegen, daß der Religionsunterricht selbst aus der Schule verschwinde. Lebhaft wurde auch über die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer diskutiert, die auf dem Lande besonders verbesserungsbedürftig sind. „Wir Lehrer

wollen keine Pariakaste sein, sondern so gut besoldet werden wie andere Beamte", sagte der Oberlehrer Rasmussen. „Sollen wir streiken?" (Stürmische Ja, ja!") „Nein, ich meine nicht, daß wir streiken sollen, aber beharrlich und mit Festigkeit unsere Forderungen stellen." — Die Frage des Streiks wurde denn auch nicht weiter berührt. Man nahm eine Resolution an, worin eine durchgreifende Gehaltsreform verlangt wird. Die gesetzgebenden Körperschaften werden nicht umhin können, sich ernsthaft mit den auf dem Kongreß erörterten Fragen zu befassen. Sie haben mit einer gut und stark organisierten Lehrerschaft zu rechnen, die einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübt.

Rußland.

Die russisch-japanische Konvention. Die Konvention, die von Rußland und Japan am 30. Juli d. J. in Petersburg unterzeichnet worden ist, hat folgenden Wortlaut: Die Regierung S. M. des Herrschers aller Reußen, sowie die Regierung S. M. des Kaisers von Japan haben, beseelt von dem Wunsche, die friedlichen und freundnachbarlichen Beziehungen, die zwischen Rußland und Japan glücklicherweise wieder hergestellt sind, zu befestigen und für die Zukunft jede Veranlassung zu Mißverständnissen in den Beziehungen der beiden Kaiserreiche zu entfernen, die folgenden Vereinbarungen getroffen. Art. 1. Jeder der beiden hohen Vertragschließenden verpflichtet sich, die gegenwärtige territoriale Integrität des andern zu achten, ebenso wie auch alle Rechte, die für den einen oder andern Kontrahenten aus den Verträgen, Übereinkommen und Abkommen entspringen, die zwischen den Vertragschließenden und China in Kraft stehen, und von denen Abschriften zwischen den Vertragsmächten ausgetauscht worden sind, soweit diese Rechte nicht mit dem Prinzip gleicher Opportunität unvereinbar sind, das in dem in Portsmouth am 5. September 1905 unterzeichneten Vertrage, sowie in den besonderen zwischen Japan und Rußland geschlossenen Konventionen aufgestellt ist. Art. 2. Die beiden hohen Vertragschließenden erkennen die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität des Kaiserreiches China, sowie das Prinzip der gleichen Opportunität hinsichtlich des Handels und der Industrie aller Nationen in dem genannten Kaiserreiche an und verpflichten sich, für die Aufrechterhaltung des status quo und die Achtung dieses Prinzips mit allen friedlichen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, einzutreten. Gezeichnet: Iswolski. Motono.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 17. August.

Der Hannoversche Bahnhof in Hamburg wird am 1. Oktober d. Js. für den Personen-, Gepäck- und Expreßgutverkehr geschlossen. In Zukunft werden auf diesem Bahnhof nur noch die Personensonderzüge der Hamburg-Amerika Linie von Hamburg nach Kuxhaven und umgekehrt, und die Sonntagszüge in der Richtung nach und von Hamburg abgefertigt.

Dem Bademeister Herrn M. Wiese hat das Polizeiamt für die von ihm am 2. d M. ausgeführte Rettung der Schülerin Sophie Gerdorf vom Tode des Ertrinkens ein seine mutige Tat lobendes Schreiben zugehen lassen und ihm daneben einen wertvollen Feldstecher zum Geschenk gemacht, da Herr Wiese, der bereits mehrfach in Lebensgefahr schwebende Badende gerettet hat, schon im Besitz der vom Senat gestifteten großen silbernen Rettungsmedaille ist.

Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H. hielt am 15. d. M. ihre Generalversammlung ab. Genosse P. Pape erstattete Bericht über die Geschäftslage. Der Umsatz im 2. Quartal betrug 196 240,72 Mk. Der Warenverbrauch betrug 125 811,37 Mk., die Prozente an die Niederlagen, die Betriebs- und Verwaltungskosten 64 686,85 Mark, der Reingewinn 5742,50 Mk. Verbraucht wurden 4970 Zentner Mehl, der Umsatz hat sich gegen das gleiche Quartal des Vorjahres um 18 000 Mk. gehoben. Der Reingewinn ist allerdings nicht dementsprechend gestiegen, dieses liegt jedoch, wie Genosse Pape ausführte, daran, daß, obwohl die Kornpreise in den letzten Monaten um 4—5 Mk. pro Sack stiegen, die Genossenschaft die Brotsorten nicht kleiner backte, weil sie durch günstige, vorteilhafte Abschlüsse in Getreide in der Lage war, das gleiche Gewichtsquantum wie im Anfang des Jahres zu liefern und so der Allgemeinheit dieses zu gute kommen zu lassen. Die Anzahl der Niederlagen steigt gleichfalls, dieselbe beträgt jetzt 308 in der Stadt und Umgegend. Beim Spareinlagen-Konto ist gleichfalls ein reger Verkehr eingetreten, es wurden in den letzten 3 Monaten von Mitgliedern und Nichtmitgliedern 22 739,70 Mark einbezahlt. Auf der Tagesordnung war ferner eine Statutenänderung zu verzeichnen. Bisher wurde der Vorstand abwechselnd alle zwei Jahre neu gewählt, resp. wiedergewählt. Da nun diese Art der Anstellung des Vorstandes nicht mehr der jetzt herrschenden Geschäftspraxis entspricht, beantragte der Aufsichtsrat den diesbezüglichen Paragraphen dahin abzuändern, daß der Vorstand von jetzt ab auf unbestimmte Zeit angestellt ist; ein diesbezüglicher Anstellungsantrag mit dem Vorstande wurde von der Versammlung genehmigt. — Durch den steigenden Konsum sah sich die Genossenschaft gezwungen ihren Betrieb zu erweitern, außer den jetzt vorhandenen 5 Öfen wird noch ein Etagen-Ofen, welcher sich im Bau befindet, in Kürze in Betrieb genommen werden. Auch der Fuhrwerksbetrieb muß erweitert werden. — Die Aktiva und Passiva betragen 692 643,21 Mk. Ziehen wir nun aus Vorstehendem das Resumee, so können wir nur konstatieren, daß die Genossenschaft als ein Institut, von Arbeitern gegründet, in jeder Beziehung glänzend dasteht.

Aus der Praxis des Invaliden-Versicherungsgesetzes. Invalidenrentenempfänger, die noch nicht völlig erwerbsunfähig sind und zeitweise leichte Arbeiten verrichten, dürfen keine Marken kleben; sie können aber bei der zuständigen Versicherungsanstalt schriftlich die Ausfertigung einer Bescheinigung darüber beantragen, daß sie während der Dauer des Rentenbezuges von der Klebepflicht befreit sind. Invalidenkarten, die nicht innerhalb zweier Jahre vom Ausstellungstage zur Aufrechnung und zum Umtausch vorgelegt worden sind, müssen zur Anerkennung fortdauernder Gültigkeit der zuständigen Versicherungsanstalt und, nachdem sie dort mit einem entsprechenden Stempel versehen sind, dem Polizeibureau der Arbeitsstelle vorgelegt werden. Hierbei ist ganz besonders darauf zu achten, daß diese Karten mindestens 20 Wochenbeiträge für je zwei Jahre enthalten müssen, wenn die Anwartschaft auf Rente nicht verloren gehen soll. Bescheinigte Krankheiten gelten als Arbeitswochen. Auf den rechtzeitigen Umtausch der Quittungskarten streng zu achten und eventuell die Arbeitgeber nachdrücklich dazu anzuhalten, liegt im dringenden Interesse der Arbeitnehmer, die anderenfalls den häufig sehr empfindlichen Schaden selbst zu tragen haben. Die Quittungskarten sind Eigentum der Arbeitnehmer. Wenn die Arbeitgeber diese Karten auch während der Dauer der Beschäftigung aufbewahren, so ist der Arbeitnehmer doch berechtigt, jederzeit sich die Karte zur Einsichtnahme vorlegen zu lassen und die ordnungsmäßige Markenverwendung oder den rechtzeitigen Umtausch zu kontrollieren. Die Aufrechnungsbescheinigungen aber sollten die Arbeitnehmer ausnahmslos und unbedingt in ihrem Besitz haben. Nur dadurch können Unregelmäßigkeiten vermieden werden, die sich oft Jahre hindurch verschleppen und die Anwartschaft (auf Rente, Krankenfürsorge 2c.) in Frage stellen, ja häufig gänzlich verloren gehen lassen, ohne daß der Arbeitgeber regreßpflichtig zu machen ist.

Unglücksfall. Von der Bauarbeiterschutzkommission wird uns geschrieben: Am Donnerstag morgen verunglückte der Bauarbeiter Peters auf dem Stadttheater-Neubau bei Blunck u. Sohn, als er mit einem Brett voll Steinen über eine Abdeckung ging, wobei ein Brett etwas umkippte und Peters mit dem rechten Fuß durch die Abdeckung geriet. Das rechte Knie hatte dabei so stark gelitten, daß Peters die Arbeit einstellen mußte.

Bauunfall. Am Mittwoch vormittag verunglückte der Maurer Wollgast, beschäftigt auf dem Abbruch Wandke u. Sohn, Breitestraße, dadurch, indem er beim Balkenherunternehmen rücklings von der 1. Etage fiel. Der Verletzte, der mit einer Verstauchung der rechten Hüfte davongekommen ist, mußte mittels Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden.

Der Kaninchenzucht-Verein für Lübeck und Umgegend hält am 25. und 26. August seine diesjährige große Kaninchen-Ausstellung, verbunden mit einer Tombola in Kiels Etablissement, Israelsdorfer Allee, ab. Die Ausstellung wird mit einem reichen Tiermaterial beschickt sein; es sind da u. a.: Belgische Riesen von 70 Zentimeter Körperlänge und bis 18 Pfund schwer, englische Widder mit einer Ohrenlänge von 60—66 Zentimeter, blaue Wiener, silber Holländer und viele andere Kaninchenrassen, für welche wertvolle Ehrenpreise vergeben werden.

Stadthallen-Theater. Eine außergewöhnliche Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen findet am Sonntag statt und zwar wird zuerst die dreiaktige Operette „Frühlingsluft" von Strauß, hierauf das historische fünfaktige Lustspiel „Die Anna-Lise" von Hersch gegeben. Die Vorstellung beginnt bereits um 7 Uhr. Am Montag wird wiederum eine volkstümliche Vorstellung zum Einheitspreise von 50 Pf. auf allen Plätzen des Theaters in Szene gehen. Zur Aufführung gelangt Mosers heiteres Lustspiel „Der Veilchenfresser". Dienstag wird „Der Herrgottschnitzer von Ammergau" wiederholt.

Wilhelmtheater. Die beiden Lustspiele von Blumenthal und Kadelburg: „Im weißen Röß'l" und die Fortsetzung: „Als ich wieder kam", die am Freitag stürmische Heiterkeit entfesselten, werden am Sonntag wiederholt. Den Wünschen vieler Theaterbesucher nachkommend hat die Direktion sich entschlossen, am Montag eine nochmalige Aufführung von „Frauenliebe und Frauenleben" und „Heimat" zu veranstalten, unter Mitwirkung der Frau Dr. Fuchs-Brandt. Bei der letzten Wiederholung mußten Hunderte von Einlaßbegehrenden von der Kasse zurückgewiesen werden, da schon tags zuvor sämtliche Plätze vergriffen waren. Die Preise sind wieder für alle Plätze auf 50 Pfg. ermäßigt.

Hansa-Theater. Der berühmte rheinische Komiker Dir. Heinr. Prang wird mit seinem gesamten Ensemble und vollständig neuem Repertoir im nächsten Monat im Hansa-Theater gastieren. Über Dir. Prang schreibt ein Hamburger Blatt u. a.: „Man kommt aus dem Lachen buchstäblich nicht heraus, wenn Dir. Prang auf der Szene ist — drum, wer ein Zwerchfell hat, der gehe hin und erschüttere es!" Zur Eröffnung des diesjährigen Gastspiels im Hansa-Theater ist die Posse „Es lebe der Reservemann" vorgesehen.

Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Beruft Euch bei Euren Einkäufen auf die Anzeigen im

„Lübecker Volksbote"

Damit erweist Ihr dem mit Eurem Gelde geschaffenen Kampforgane eine wirksame Unterstützung!

-r. **Eutin.** Die Liberalen und das direkte Wahlrecht zum Oldenburgischen Landtage. In der ersten Versammlung des 30. Landtages, 11. Sitzung am 30. Januar 1906 gab Staatsminister Willich, wie unsern Lesern noch erinnerlich sein wird, Namens der Regierung die Erklärung ab, daß sie bereit sei, in eine nähere Prüfung einzutreten, ob und unter welchen Voraussetzungen das direkte Wahlrecht eingeführt werden könne. Der Minister erklärte weiter, daß, wenn das Wahlrecht nicht mehr abhängig sein würde vom Besitze der Staatsangehörigkeit, so doch von einer längeren Aufenthaltsdauer im Großherzogtum. Denn nur dadurch könne die Gewähr geboten werden, daß nicht solche Eingesessene einen erheblichen Einfluß gewinnen können, die zu wenig mit den Verhältnissen des Landes vertraut und daher bei Ausübung des Wahlrechts nicht imstande sind, das Interesse des Landes genügend zu berücksichtigen. Diese recht lendenlahme Erklärung wurde von allen Parteien akzeptiert. Nur unser alter lieber Tews aus Gleschendorf erklärte, er könne den Knix, den die Regierung vor der Sozialdemokratie macht, nicht mitmachen. Im Fürstentum Lübeck würden bei Einführung des direkten Wahlrechts die Agrarier sowohl als auch die wortbrüchigen Bundesgenossen, die Nationalsozialen, von den Sozialdemokraten an die Wand gedrückt, daß sie quitschten. Die sogenannten Liberalen stimmten ob der Erklärung der Regierung einen wahren Lobgesang an auf die wahrhaft liberale oldenburgische Regierung. Wenn man aber in Nr. 218 der „Nachrichten für Stadt und Land Oldenburg" einen längeren Artikel liest, der sich mit der Einführung des direkten Wahlrechts befaßt, dann bekommt man doch eine etwas andere Meinung über den oldenburgischen Liberalismus.

Nach einer Einleitung heißt es in dem Artikel:

„Auffallend ist nun hierbei der Umstand, daß eine große Zahl dieser Abgeordneten (Liberale), wenn sie im Vertrauen über diese Frage interpelliert werden, meistens nicht in Abrede stellen, daß unter Umständen eine große Gefahr mit der Einführung der direkten Wahl verbunden sei. Bei der immer mehr zunehmenden Industrialisierung unserer Heimat ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß mit der Hilfe eines solchen Wahlrechts sich die Sozialdemokratie über kurz oder lang die Herrschaft verschafft. Und wie in einem solchen Falle die Fortführung der Regierung in bisheriger Weise geschehen soll, darüber machen sich manche der vorstehend aufgeführten Abgeordneten doch große Sorgen."

Schrecklich, schrecklich, da muß einem ja wahrhaftig eine Gänsehaut überlaufen! Der Schreiber gibt zwar zu, daß die direkte Wahl wohl eine alte liberale Forderung ist, meint aber, um der damit verbundenen Gefahr (sozialdemokratische Mehrheit) vorzubeugen, können liberale Abgeordnete, ohne ihre Prinzipien irgendwie zu verletzen, mit dem ruhigsten Gewissen dagegen stimmen. Der Artikelschreiber berichtet schließlich noch, daß den oldenburgischen Liberalen hierbei die bremischen als Vorbild dienen können, indem diese nach dem schönen Spruch gehandelt haben: „Ich bitt' dich, heil'ger Kilian, beschirm' mein Haus, zünd' andre an." Das Bürgerschaftsmitglied, Chef-Redakteur der „Weser-Zeitung" Fitger, erklärte am 17. Oktober 1906 gelegentlich der Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Einführung des direkten Wahlrechts für die Bremer Bürgerschaft:

„Ich bitte alle diejenigen, die mit mir der Ansicht sind, daß unser Staat nicht nach sozialdemokratischen Grundsätzen regiert wird, gegen den Antrag zu stimmen. Wenn es gar keine Sozialdemokraten gäbe, könnte man vielleicht der Sache näher treten, unter den heutigen Verhältnissen aber würden wir uns der Gefahr aussetzen, daß die Bürgerschaft eine sozialdemokratische Mehrheit bekäme. In Preußen liegen die Verhältnisse ganz anders und bin ich durchaus Anhänger des direkten Wahlrechts für den preußischen Landtag."

Der Schlußsatz des Artikels lautet:

„Wir besitzen in Oldenburg ein Wahlrecht, welches **billigen** liberalen Forderungen durchaus nicht widerspricht, der einzige Umstand, daß es nicht direkt ist, kann als liberale Forderung nicht aufrecht erhalten werden. Hoffen wir, daß — vielleicht in letzter Stunde — unsere Abgeordneten eine andere Beurteilung dieser Sache eintreten lassen, und daß vor allem unsere Regierung uns vor einem Schritt bewahrt, den spätere Geschlechter dermaleinst schwer büßen müßten."

Wir sind denn doch etwas anderer Ansicht als der Artikelschreiber und glauben, daß sich die späteren Geschlechter dermaleinst bedanken werden, daß es die Sozialdemokraten verstanden haben, mit dem alten Schlendrian gründlich aufzuräumen. Im übrigen läßt es gerade uns Sozialdemokraten recht kalt, ob das direkte Wahlrecht eingeführt wird oder nicht. Wir werden über kurz oder lang im Oldenburger Landtage, das ist auch wiederholt im Landtage betont worden, eine solch respektable Fraktion werden, daß man, wohlverstanden, mit uns rechnen muß. Das Fürstentum Lübeck wird und muß trotz aller Machinationen unserer Gegner erobert werden, dafür werden unsere Parteigenossen schon Sorge tragen. Der Delmenhorster Wahlkreis wird ebenfalls erobert werden. Gerade unsere Gegner sorgen ja immer so hübsch für Agitationsmaterial. Der soviel als liberal gepriesene Bürgermeister Koch hat es ja meisterhaft verstanden, durch seine brutalen Machinationen gegenüber den dortigen streikenden Bauarbeitern dem Volksempfinden geradezu ins Gesicht zu schlagen. Man hat uns hier wieder einmal Material in die Hände geliefert und, daß wir dieses gebrauchen, wird uns doch wohl kein Mensch verargen. Der Banter Wahlkreis ist so gut wie sicher. Haben wir diese Wahlkreise, dann mag sich die Regierung mit samt dem auf den Hund gekommenen Liberalismus auf den Kopf stellen. Sie müssen uns dann nicht nur einen kleinen Schritt, sondern ein ganz bedeutendes Stück entgegenkommen.

Und daß die Allgemeinheit dabei nicht schlecht fahren wird, bedarf überhaupt weiter gar keiner Erörterung. Wir werden selbstverständlich mit den Steuergroschen, die doch heute so rar sind und so sauer verdient werden müssen, etwas sparsamer umgehen, als es bisher der Fall gewesen ist.

Hamburg. Russenausweisungen? Bürgerliche Blätter bringen folgende Notiz: „Unsere lieben Gäste. Hamburg, 15. August. Dreizehn russische Staatsangehörige wurden von der Hamburger Polizei als lästige Ausländer ausgewiesen. Unter ihnen befinden sich auch drei Frauen. Das wird die Genossen sehr schmerzen." Dem „H. E." ist von solchen Ausweisungen nichts bekannt. Jedenfalls haben dieselben, wenn sie wirklich erfolgt sind, mit den Genossen gar nichts zu tun.

Bant. Ein Kulturwerk. Die Kommission der hiesigen freien Gewerkschaften hat beschlossen, eine Zentralbibliothek der Gewerkschaften einzurichten und mit dem Arbeitersekretariat zu verbinden. Sämtliche Gewerkschaften werden ihre Bibliotheken zur Verfügung stellen, sodaß hier ein unvergleichlich großes Werk für Arbeiterbildung geschaffen wird.

Dömitz. Es bestätigt sich, daß bei der Explosion zwölf Personen getötet worden sind. Durch die Explosionen wurden zerstört 8 Patronenhäuser, 3 Menghäuser, 5 Kollodiumtrockenhäuser, 3 Nachscheideanlagen und 1 Abwässerungshaus. Die nicht gefährlichen Betriebe sind nur gering beschädigt, so daß diese in der nächsten Zeit wieder betriebsfähig sein werden. Die Arbeiter sind in die Fabrik zurückgekehrt, um sich an den Aufräumungsarbeiten zu beteiligen. Nach den Feststellungen sind bei der Explosion außer den gemeldeten Toten 12 Personen schwer verletzt worden; ferner haben 41 Personen leichtere Verletzungen erlitten. Die geborgenen Leichen sind teils verkohlt, teils schrecklich verstümmelt; nur ein 15jähriger Junge wurde schwerverletzt aus den Mengbuden gerettet. Die Bevölkerung wurde, wie schon erwähnt, zuerst von einer großen Panik erfaßt; alle Geschäfte standen still, alles flüchtete. Erst nach und nach legte sich die Aufregung. Viele Dächer sind beschädigt und eine Unzahl Fensterscheiben ist gesprungen, desgleichen manche Spiegelscheiben der Läden. Zu der Löschung der in Flammen auflodernden Trümmerhaufen der Fabrikgebäude trug ein um 1 Uhr ausbrechendes Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen wesentlich bei. Manche Häuser der Stadt Dömitz wurden durch den Luftdruck der Explosionen teilweise abgedeckt; die Ziegel liegen zahlreich auf der Straße. Das kleine städtische Krankenhaus ist überfüllt, es handelt sich durchweg um Verletzungen, die durch Glassplitter hervorgerufen sind. Die Dynamitfabrik von Dr. R. Nahnsen u. Co. liegt außerhalb der Stadt Dömitz, und zwar etwa zwei Kilometer von ihrem Zentrum und ein Kilometer Luftlinie vom Bahnhof entfernt.

Quittung.

Für den Preßfond gingen ein:
Vom Dampfer „Mathilde" durch E. 1,65 Mk.
Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Billige

Tapeten-Reste

Georg Bornhöft

Hafen-Drogerie,
Untertrave 44/45, bei der Drehbrücke.

Bezugsquelle nur guter Sorten **Matjes-Sommerfang- und Flohmheringe**, von ff **Anchovis** bester Qualität, **feinste delikate Matjes- u. Sommerfangheringe, ff. Himbeer- u. Kirschsaft.** Fabrik des überall beliebten nach alter bewährter **Bunge'scher Methode** hergestellten **Essigs** und **Essigsprits**, von **Wein-, Himbeer-, Estragons-, Gewürz- und Konservierungs-Honig-Essig** (anerkannt vorzügl. Einmache-Essig).
ff. Käse, bester Qualität in groß. Auswahl
Generalvertrieb des beliebten Veilchenseifenpulvers Marke „Kaminfeger", welches in jedem Paket **ein Geschenk** im Werte von 5 bis 75 Pfg. enthält und in den meisten Geschäften erhältlich ist.

H. L. Wiegels vorm. J. C. Bunge
Essigfabrik gegr. 1825.
Fischergrube 81. Fernsprecher 217.

Für richtiges Maß resp. Gewicht übernehme volle Garantie.

Nur noch kurze Zeit gelten die Sommerpreise für

Brennmaterialien.

Ich empfehle zur Eindeckung für den Winter:

Gaskoks von verschiedenen Gaswerken	**Erstkl. Hartkoks** von den besten westfälischen Zechen.	**Briketts** „Treue", „Agnes".
Nusskohlen dreifach gesiebt.	**Anthracitkohlen** deutsche, englische u. schottische.	**Brennholz** alle Sorten.

Christian Gäde,

Kontor: Fischergrube 4. Fernsprecher 242.

Alle Waren kommen nur in tadelloser Siebung zur Auslieferung.

Travestrand.

Heute Sonntag, d. 18. u. Dienstag, d. 20. August:
Grosses Scheibenschiessen
mit Kugelbüchsen, 6 Schießstände.
Anfang des Schießens an beiden Tagen 4 Uhr nachm.
Sonntag: Gr. Tanzkränzchen.
Dienstag: Grosser Ball.
Illumination des ganzen Gartens.
Johs. Schiering.

Neu-Lauerhof.

Jeden Sonntag:
Große Tanzmusik
ausgeführt von der Stadtkapelle Dir. Oldenburg.
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
Spielplatz, Schaukel für Kinder! Neu!

Halte meine Lokalitäten mit Garten zur Abhaltung von Festlichkeiten, Bällen etc. bestens empfohlen.
H. Gutsche.

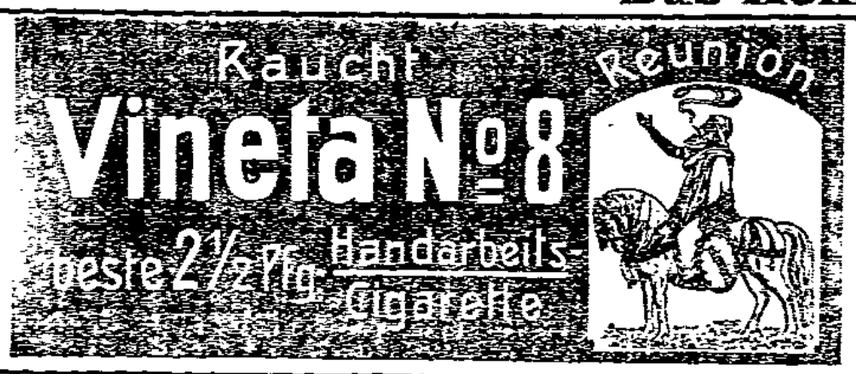
Friedrichshof.

Heute Sonntag:
Großer Tanz.
Anfang 5 Uhr. Ende 12 Uhr.
Eintritt frei.

Gesangverein der Zimmerer!

Einladung zum
Sommer-Fest und Ball

verbunden mit
Tombola, Konzert, Gesangsvorträgen, Herren-, Damen- und Kinderbelustigungen
am Sonntag, den 25. August 1907
im „Vereinshaus", Johannisstrasse 50–52.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.



Heinr. Hagelstein, Königstr. 85, bei der Wahmstraße.
empfiehlt: vorzügl. 5- u. 6-Pfg.-Zigarren, Zigaretten, Rauch- u. Kautabake.

F. Meyer, Schuhwaren-Verkaufshaus,

Hüxterdamm 2,

empfiehlt sein großes Lager in kräftigem genagelten Kinderfußzeug, Arbeitsschuhen und wasserdichten Halbstiefeln zu bekannt billigen Preisen, zurückgesetzte Sachen unter Einkaufspreis.

Bitte Schaufenster beachten.

Eigene Reparaturwerkstatt. Rote Rabattmarken.

Empfehle diese Woche ausnahmsweise
prima kernfettes Ochsenfleisch Pfd. 65 Pf., prima junges fettes Rindfleisch Pfd. 60 Pf. Bratenstücke 65 und 70 Pf., Beefsteak 1 Mk., Rollfleisch 80 Pf., Gulasch 70 Pf. Schaches 70 Pf., Kalbfleisch 55 Pf., Kenle 60 Pf., Schweinefleisch 65 u. 70 Pf. Hammelfleisch 75 Pf.

Paul Boldt, Wahmstraße 22.
Fernsprecher 753.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Klein-Verkauf und Ausschank empfiehlt
J. Höppner, Bedergrube 66.

Guter Privat-Mittagstisch à 60 Pfg.
J. Schultz, Johannisstraße 43, I.

Grosse Kaninchen-Ausstellung

(verbunden mit Tombola)
Sonntag, den 25. und Montag, den 26. August,
in Kiels Etablissement, Israelsdorfer Allee,
veranstaltet vom
Kaninchenzucht-Verein für Lübeck und Umgegend.
Eintrittspreis 20 Pfg. — Kinder 10 Pfg.
Die Ausstellungsleitung.

Für **20** Pfennig
Die Macht der Liebe.
Die Störung ist wieder beseitigt.
Ton-Halle.
Kinder 10 Pfennig. **Platz für Fahrräder.**

Gesangverein Einigkeit St. Gertr.

Einladung zum
Sommer-Vergnügen

verbunden mit Konzert und Ball,
Preisschiessen für Herren, großes Taubenboßeln für Damen und Kinder-Vergnügen,
am Sonntag, den 18. August 1907,
im Restaurant „Tiergarten", Arnimstraße.
Anfang des Konzerts 4 Uhr. Von 7 bis 2 Uhr Ball.
Eintritt zum Ball für Herren 50 Pfg., eine Dame frei
Eintritt zum Konzert à Person 10 Pfg.
Das Komitee.
NB. Das Preisschießen findet statt von 11—1 Uhr und nachmittags von 4—7 Uhr.

Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.

Einladung zum
Sommer-Vergnügen

verbunden mit
Konzert und Ball,
Vogelschießen für Herren, Damen- und Kinder-Vergnügen
am Sonntag, den 18. August 1907
im Lokale d. Hrn. Dassler, Colosseum.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

NB. Das Vogelschießen findet statt von morgens 11—1 Uhr und nachmittags von 4—7 Uhr.

Brauerei Fackenburg.

Heute Sonntag, 18. August 1907,
Grosses Konzert mit nachfolgendem Ball.
Eintritt für Konzert 10 Pfg. — Ball 60 Pfg.
Anfang 4 Uhr. Ende morgens.
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Lohndiener-Verein.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 191. Sonnabend, den 17. August 1907. 14. Jahrg.

Nachrichtenbureau.

Parteivorstand und Kontrollkommission werden dem Parteitage in Essen folgenden Antrag unterbreiten:

Organisation der Nachrichten-Vermittelung für die sozialdemokratische Partei.

§ 1.

Die Partei errichtet ein Nachrichtenbureau, das seinen Sitz in Berlin hat.

§ 2.

Aufgabe des Bureaus ist:

1. Herausgabe der „Partei-Korrespondenz";
2. Erlangung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur zur Übermittelung an die Parteipresse;
3. Sammlung gesetzgeberischen und statistischen Materials, das für die Parteipresse von Wichtigkeit ist,

§ 3.

Zwecks Erlangung bezüglicher Nachrichten und Mitteilungen aus Deutschland und anderen Ländern ist ein Berichterstatterdienst einzurichten. Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Bureaus ist die Abfassung von Kritiken und Artikeln, die geeignet sind, die Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der Redaktionen zu beeinflussen.

§ 4.

Der Nachrichtendienst ist derart zu organisieren, daß die Parteipresse in der raschesten Weise unterrichtet wird.

Insoweit hierfür Telephon- und Telegraphengebühren erwachsen, haben die betreffenden Parteiblätter diese Gebühren zu erstatten.

§ 5.

Die Unterhaltungskosten für den Nachrichten- und Mitteilungsdienst sind — mit Ausnahme der Kosten für die „Partei-Korrespondenz" — dergestalt aufzubringen, daß die beteiligte Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit einen entsprechenden Teil zu leisten hat.

§ 6.

Den Einrichtungen für das Bureau, die Anstellung der Redakteure, der Berichterstatter und des Hilfspersonals ist Sache des Parteivorstandes, dem zu diesem Zweck als Beirat fünf Redakteure der Parteipresse zur Seite stehen, die in allen das Nachrichtenbureau betreffenden Angelegenheiten beratende und beschließende Stimme haben. Ein Mitglied des Beirats kann nicht Angestellter bei dem Bureau sein.

§ 7.

So oft Angelegenheiten des Bureaus zur Beratung kommen sollen, hat der Parteivorstand die Mitglieder des Beirats rechtzeitig mit Angabe der Tagesordnung zu dieser Sitzung einzuladen. In der Regel sollen diese Sitzungen alle drei Monate stattfinden.

§ 8.

Die in dem Bureau angestellten Redakteure haben das Recht, zu jeder Sitzung einen ihrer Kollegen als Vertreter mit beratender Stimme zu senden.

Der Parteivorstand hat zu diesem Zweck die Redakteure rechtzeitig von einer stattfindenden Sitzung zu benachrichtigen.

§ 9.

Die Mitglieder des Beirats werden alljährlich durch die Parteileitung gewählt.

Soziales und Parteileben.

Internationaler Metallarbeiter-Kongreß in Brüssel. (Fortsetzung des 1. Verhandlungstages.) Genosse Lapatie-Frankreich als Berichterstatter über den Generalstreik schildert die Tendenzen des französischen revolutionären Syndikalismus. Er bezeichnet seine Anhänger als Reformisten in dem Sinne, daß sie die Arbeiterschaft physisch und moralisch stärken wollen. Aber sie wollen mehr, denn die Erfahrung lehrt uns, daß uns auf der anderen Seite genommen wird, was man uns auf der einen gibt. Die Arbeiter erhalten dank der Organisation eine 25prozentige Lohnerhöhung, die die Unternehmer und Kaufleute durch Erhöhung der Lebensmittelpreise und Mietszinse wieder wettmachen. Durch den unersättlichen Kapitalismus gezwungen, muß die Arbeiterschaft dem Unternehmertum die direkte Aktion entgegenstellen. Der Redner sucht den Begriff der „Sabotage" richtig zu stellen, von dem seiner Meinung nach im allgemeinen eine falsche Vorstellung verbreitet ist. Die „Sabotage" komme von dem friedlichen und konservativen Trade-Unionismus. „Sabotage" will nichts anderes sagen als: auf schlechten Lohn schlechte Arbeit. Latapie verteidigt sodann die direkte Aktion, die nicht auf eine Zertrümmerung der Fensterscheiben steuere, sondern nur den Einfluß des Arbeiters auf das Unternehmertum außerhalb der so unzulänglichen parlamentarischen Aktion zur Geltung bringen will. — Der Antimilitarismus der französischen Syndikalisten erklärt sich schon damit, daß bei allen Streiks, die sich gegen die Interessen der Unternehmer richten, Militär interveniert. Er kommt sodann auf den Einfluß des Antimilitarismus bei den Ereignissen in Südfrankreich zu sprechen, wo es das Interesse der Gewerkschaften war, die bewaffnete Macht zu neutralisieren. Wir glauben, sagt er weiter, an die Macht des Generalstreiks, als an ein revolutionäres Mittel, die Gesellschaft umzuformen. Der Generalstreik muß kein gewaltsames Mittel sein, er will nur die Arbeit zum Stillstande bringen und die Arbeiter in den Besitz der Produktionsmittel setzen. Jantzen (Holland) spricht von den Erfahrungen der holländischen Genossen, die gegen derartige Ideen — eines Umsturzes durch allgemeine Arbeitseinstellung — zu kämpfen hatten. In Holland seien heute die drei Kampfesformen — politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Aktion — unzertrennlich. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß der politische Kampf die proletarischen Kräfte absorbiert. Huppler (Schweiz) empfiehlt den französischen Genossen, die den ausländischen das Studium ihrer Taktik empfehlen, daß auch sie den Rat für sich selbst befolgen, ehe sie unsere Bewegung kritisieren. Auch wäre es besser, wenn die französischen Syndikalisten sich mehr mit der Stärkung ihrer Organisationen beschäftigten. Der Redner wirft überdies den französischen Syndikalisten vor, daß sie in Lausanne ein Blatt unterstützen, das auf die Vernichtung der Gerwerkschaftsorganisationen der Schweiz hinarbeite. Latapie ruft dazwischen, welches Blatt dies denn sei, worauf Huppler antwortet: „La voix du Peuple." Nach Huppler spricht Davis (England) ebenfalls gegen die von Latapie empfohlene „revolutionäre" Taktik. Enorme der in England für die Arbeiterschaft errungenen Vorteile seien nicht allein der gewerkschaftlichen, sondern auch der auf der Arbeiterbewegung ruhenden parlamentarischen Aktion geschuldet. Was vermögen die Anhänger der revolutionären Taktik diesen praktischen Resultaten entgegenzuhalten. Solange die französischen Syndikalisten keine sichtbaren Beweise von der Vortrefflichkeit ihrer Taktik aufzuweisen haben, werden wir sie bekämpfen. Baetz (Belgien) bemerkt u. a., man möge derartige Methoden wie die „Sabotage", die Zerstörung der Maschinen und Produkte der Bourgeoisie überlassen, die „Sabotage" durch die aufs äußerste getriebene Konkurrenz in ihren Unternehmungen betreibt, ebenso wie an der menschlichen Maschine durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten. Statt Mittel zu predigen, die keinen Erfolg bringen, solle man erst die Einigkeit in der Arbeiterschaft herzustellen trachten und sie mit gut fundierten Gewerkschaften für den Kampf ausrüsten. Auch Coupat (französischer Verband der Mechaniker) verteidigt die parlamentarische Aktion und bekämpft den Generalstreik, wie ihn die französischen Syndikalisten angewendet wissen wollen. Die Vorbereitung der künftigen Gesellschaft geschieht am besten durch die organisatorische und erzieherische Tätigkeit innerhalb der Arbeiterklasse. Cohen-Berlin regt an, einen Korreferenten zu ernennen, der für die Entwickelung der gegenteiligen Ansicht ebenso wie Latapie eine halbe Stunde Redezeit erhält. Der Kongreß sieht davon ab, nachdem ohnedies eine große Reihe von Rednern gegen die Auffassung Latapies gesprochen hat. Um 6 Uhr werden die Verhandlungen geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag. Der heutige Vormittag brachte die Abstimmung über die Resolution Latapies, die ausspricht, daß die Tendenz des revolutionären französischen Syndikalismus und seiner Kampfmittel (Boykott, Sabotage, direkte Aktion, Antimilitarismus, Generalstreik) den Mitgliedern des internationalen Metallarbeiterverbandes quasi zur Begutachtung empfohlen und eventuell neben allen anderen Mitteln in Anwendung gebracht werden. Latapie, der ursprünglich eine Abstimmung seiner Resolution bezweckte, hielt es jedoch nach der Diskussion, die seinen Ideen so wenig Zustimmung brachte, für angezeigt, seine Resolution nur in eine Anregung umzuwandeln und sie nur dem Protokoll des Kongresses einverleiben zu lassen, ohne daß die Kongreßmitglieder in Form einer Abstimmung ihr Urteil über die von ihm verfochtene Taktik abgeben. Der Kongreß bestand jedoch auf der Meinung, daß eine so ausführliche Diskussion über eine taktische Frage ein Abstimmungsresultat zur Folge haben müsse. Entsprechend der bereits aus der Diskussion sichtbar gewordenen Stimmung entschied sich der Kongreß gegen die Aufnahme oder das „Studium" der revolutionären Taktik und ihrer Mittel. Für die Resolution stimmten bloß die drei französischen Vertreter der revolutionär-syndikalistischen Richtung und Genosse Huggler (Schweiz), letzterer mit der Motivierung, daß er sich gegen das „Studium" dieser Mittel nicht kehren wolle. Es wird nun der Punkt: Bericht des Sekretärs aufgenommen, und Genosse Schlicke ergreift das Wort zu seinem Bericht. Wir ergänzen hiermit die gestern nur unvollständig wiedergegebene Zusammensetzung des Kongresses. Vertreten ist Deutschland durch 10 Delegierte, England durch 10, Belgien durch 15, Österreich durch 5, Ungarn durch 4, Dänemark durch 1, Schweden durch 1, Frankreich durch 5, Holland, Schweiz und Amerika durch je einen Delegierten, die zusammen rund 700 000 organisierte Metallarbeiter vertreten. Die Verhandlungen werden in drei Sprachen, Deutsch, Französisch und Englisch, geführt. Als Übersetzer fungiert für das Französische Genosse Huggler, für das Englische Guilain. Die Verhandlungszeit beträgt 6½ Stunden, und zwar wird beraten von 9½ Uhr vormittags bis 12 Uhr und von 2 Uhr bis 6 Uhr abends.

Die „christliche Internationale". In Zürich tagt gegenwärtig der vierte internationale Kongreß christlicher Textilarbeiter-Organisationen. Nach dem vom internationalen Sekretär Huising (Enschede, Holland) im Verbandsblatt der christlichen Textilarbeiter Deutschlands veröffentlichten Bericht gehören der internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterverbände 403 Ortsgruppen mit 56 137 Mitglieder an, davon kommen 36 904 auf Deutschland, 4700 auf Holland, 4600 auf Belgien, die übrigen verteilen sich auf Frankreich, Dänemark usw. Von seiten der internationalen Vereinigung der Textilarbeiter ist der Versuch gemacht worden, auch die übrigen christlichen Gewerkschaften für den internationalen Gedanken zu gewinnen. So hat man sich um das Zustandekommen eines internationalen christlichen Arbeiterkongresses bemüht; an fast sämtliche christliche und konfessionelle Arbeiterführer sind dieserhalb Fragebogen geschickt worden, aber nur einige dieser Fragebogen sind, und dazu noch unvollkommen beantwortet, zurückgekommen. Auch mit der Veranstaltung eines internationalen Kongresses christlicher Gewerkschaften hat man sich beschäftigt. Im Jahre 1906 hatten sich fünf Länder mit 53 Verbänden und 296 675 Mitgliedern für die Abhaltung eines solchen Kongresses ausgesprochen. Der Zweck dieses Kongresses soll, wie es im Bericht des internationalen Sekretärs heißt, die Gründung einer internationalen Vereinigung christlicher Gewerkschaften sein, um so der roten Internationale eine christliche Internationale entgegenzusetzen. Aus Holland kamen jedoch, infolge des Eingreifens der Bischöfe in die dortige christliche Gewerkschaftsbewegung, Bedenken, und so ist es denn bisher bei der Absicht geblieben; doch soll der

Der Übel größtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(21. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Nebenbuhler.

„Herein," rief sie unmutig, als ein keckes Klopfen an der Tür die Absicht des Menschen, sie aufzusuchen, außer Zweifel stellte.

Arthur Ebeling trat ein, hochmodern gekleidet, eine Blume im Knopfloch, mit einem süßlichen Lächeln auf den Lippen.

„Grüß Gott, Fräulein Mohring," führte er sich ein, sich respektvoll verbeugend, worauf er näher kam und ihr die Hand bot. Sie berührte ganz leicht seine Finger und fragte dann kurz: „Was wünschen Sie, Herr Ebeling?"

„Störe ich?"

Sie tat, als habe sie die Frage überhört und wiederholte noch einmal die Worte:

„Was wünschen Sie?"

„Das klingt nicht wie ein freundliches Willkommen," sagte er, sich den Anschein des Gekränktseins gebend. „Und doch komme ich in einer Angelegenheit, die Sie sehr nahe angeht, Fräulein Mohring."

„So?"

„Jawohl. Das Unglück Ihres Herrn Vaters ist mir tief zu Herzen gegangen, das werden Sie mir wohl glauben. Wenn ich trotzdem nicht eher gekommen bin, um Ihnen meine Teilnahme auszudrücken, so — so hat das seinen Grund in Verhältnissen, die ich Ihnen nicht näher auseinanderzusetzen brauche."

„Ich verstehe Ihre Gründe vollkommen."

„Sie haben mir noch vor kurzem nicht undeutlich zu erkennen gegeben, daß ich hier nicht willkommen bin, und da —"

„Nicht undeutlich, sagen Sie? Ich glaubte doch, sehr deutlich gewesen zu sein," unterbrach Grete ihn in brüskem Tone.

„Das meinte ich eben," nickte er liebenswürdig. „Sie hegen eine Antipathie gegen mich, ich weiß es —"

„Darüber brauchen wir uns wohl nicht weiter zu unterhalten."

„Nein, gewiß nicht — ich —"

„Ich bin augenblicklich in Anspruch genommen, Herr Ebeling."

„Wenigstens waren Sie es, denn ich sah meinen glücklichen Rivalen soeben aus dem Hause treten", erwiderte er keck.

„Noch einmal, was haben Sie mir zu sagen? Wenn es nichts Wichtiges ist —"

„Aber es ist etwas Wichtiges, bestes Fräulein — es betrifft das Schicksal Ihres Herrn Vaters."

Grete schenkte ihm zum ersten Male seit seinem Eintritt einen Blick erhöhter Aufmerksamkeit.

„Was ist es denn mit meinem Vater?" forschte sie hastig.

Ein triumphierender Blitz schoß aus seinen listigen Augen nach ihr hin — er merkte, daß er gewonnen hatte und beschloß, sich für den ihm bewiesenen Mangel an Entgegenkommen zu revanchieren.

„Ich nahm innigen Anteil an seinem Schicksal und gedachte Ihnen einen Weg zu zeigen, auf dem ihm vielleicht zu helfen wäre", hub er treuherzig an, indem er nach dem Vorbild eines Leutnants, den er vor einiger Zeit kennen gelernt hatte und außerordentlich bewunderte, seinen Schnurrbart strich. „Da Sie indessen so wenig geneigt scheinen, mit mir zu verhandeln, und jede Minute meiner Anwesenheit offensichtlich als einen Raub an Ihrem Dasein betrachten, so will ich mich nicht aufdrängen — ich habe die Ehre, mich zu empfehlen, Fräulein Mohring."

Er stellte sich an, als wollte er gehen, überzeugt, daß sie ihn jetzt zurückhalten würde. Er täuschte sich auch nicht. Das traurige Los ihres Vaters erfüllte all ihre Gedanken, sie griff nach jedem Strohhalm von Hoffnung, selbst nach diesem.

„Warten Sie doch," rief sie weit freundlicher und sanfter als bisher. „Sie müssen mir nicht zürnen, Herr Ebeling, ich habe gerade eine der schwersten Stunden meines Lebens hinter mir. Wenn Sie in Wirklichkeit das Mitleid mit meinem Vater hierherführt, so sind Sie mir herzlich willkommen, ich bin dankbar für jeden Beweis der Achtung und Anhänglichkeit für ihn. Bitte setzen Sie sich," fügte sie höflich hinzu, als er ihr danach wieder die Stirnseite seiner langen Figur zukehrte.

Ebeling nahm auch ohne sich weiter empfindlich zu zeigen, Platz, während Grete einige Schritte von ihm entfernt stehen blieb, mit dem Rücken leicht gegen den Tisch gelehnt.

„Sie werden es nicht bereuen, mich angehört zu haben" fuhr er in der früheren wichtigtuerischen Manier fort, Hoffnung und Spannung in ihr zu erregen. „Vor allem möchte ich vorausschicken, daß ich nicht an die Schuld Ihres Vaters glaube und keinen Augenblick daran geglaubt habe."

Diese Erklärung stimmte das junge Mädchen noch milder gegen ihn, ihre Züge nahmen einen Ausdruck wehmütiger Freude an. Sogar ihr Bräutigam zweifelte an ihm oder teilte wenigstens nicht ihre unerschütterliche Überzeugung von des Vaters Reinheit — und er, der zurückgewiesene Liebhaber, der wahrlich nicht Ursache hatte, ihr sehr günstig gesinnt zu sein, bekannte sich so offen und ungescheut als überzeugter Anhänger der Unschuld des allgemein Verdächtigten! Das war ein edler Zug, den sie nicht in ihm gesucht — oder (ihr Mißtrauen erwachte von neuem, als sie seinen lauernd auf sie gerichteten Blicke begegnete) war auch diese Bekenntnis nur ein Coup von ihm, lediglich dem Zwecke dienend, sich bei ihr in gutes Licht zu setzen? War es nur ein Fuchs im Lammsgewande, der sich ihr hier präsentierte? Sie beschloß doch auf ihrer Hut zu sein.

„Ich danke Ihnen für Ihre gute Meinung", erwiderte sie reserviert. „Solche Worte klingen stets wohllautend an das Ohr einer Tochter, besonders wenn sie so große Prüfungen erfahren hat wie ich in den letzten Tagen, und die Menschen dabei von so wenig schöner Seite kennen lernte."

„Herr Mohring bewies mir immer große Freundlichkeit", fuhr er einschmeichelnd fort. „Niemand hatte besser Gelegenheit, sein edles Herz zu studieren. Er ist ein Ehrenmann par excellence — um so mehr bekümmert mich sein Schicksal. Ich habe die ganzen Tage darüber nachgedacht, wie ihm wohl zu helfen sein könnte, und wäre längst deshalb zu Ihnen gekommen, wenn ich auf einen günstigen Empfang hätte rechnen dürfen."

„In diesem Falle hätten Sie es gekonnt", bemerkte Grete halb beschämt.

„Nachdem ich indessen heute vernahm, daß die Untersuchung gegen ihn eine bedenkliche Richtung genommen, hielt ich es für meine Pflicht, nicht länger zu zögern. Es ist doch so, wie das Gerücht sagt: es sind neue Beweise gegen ihn zu Tage getreten?"

Plan der christlichen Internationalen weiter verfolgt werden.

Über einen Roheitsakt eines Unternehmers berichtet das Bochumer „Volksblatt" aus Gelsenkirchen, wo gegenwärtig die Klempner und Installateure streiken: Am Sonnabend abend gegen 7 Uhr kam der Gelsenkirchener Bürger und Klempnermeister, Vorsitzender der Ortsgruppe Gelsenkirchen des Verbandes selbständiger Klempner, der Obermeister Jakob van Rissenbeck, Weidenstraße wohnhaft, mit zwei arbeitswilligen Klempnern und einem Lehrling, der einen Materialkarren vor sich herschob, an die Ecke der Bochumer- und Weidenstraße, wo drei streikende Gehilfen standen. Einer von ihnen ging, wie es seine selbstverständliche Pflicht erforderte, auf den Arbeitswilligen, der sich im väterlichen Schutze seines Meisters befand, zu und sagte zu ihm: „Na, Kollege, wie geht's?" Meister Rissenbeck, der sich seines Mannes nicht sicher zu sein schien, brüllte den Streikenden an, er sollte den Mann in Ruhe lassen. Er ist wahrscheinlich der Meinung, daß seine Arbeitswilligen Zuchthäusler seien, die auf der Straße mit niemand sprechen dürften. Als er sehen mußte, wie nun auch sein anderer Gehilfe von einem Streikenden, dem dieser am Morgen versprochen hatte, er wolle jetzt abends die Arbeit niederlegen, angeredet wurde, ging seine meisterliche „Geduld" zu Ende. Er zog eine Eisenstange vom Wagen und schlug einem der Streikenden, einem verheirateten Gehilfen, mit aller Wucht auf den Kopf. Dieser Kollege hatte aber ebenso rasch seinen Arm vorgehalten, so daß er den Hieb abfing. In dem Augenblick kam der nebenstehende Gehilfe in die Nähe, um seinen Kameraden zu schützen, da erhielt er auch schon einen so wuchtigen Schlag auf den Kopf, daß das Blut sofort aus einer klaffenden Wunde spritzte. Von Schmerz gepeinigt, die Hände vor den Kopf gepreßt, rannte der Gehilfe durch die Straßen. Die Unverfrorenheit des Meisters Rissenbeck erreichte ihren Höhepunkt, als er dem Geschlagenen zwei Schutzleute zu Fuß und einen berittenen nachschickte, die den blutenden Gehilfen verhafteten und in Begleitung einer großen Menschenmenge zur Wache schleppten, wo der Bedauernswerte bis Sonntag vormittag 9½ Uhr festgehalten wurde. Wir wollen hier den Fehlgriff der Polizei, die ohne weiteres den Mißhandelten und nicht den Täter selbst verhaftete, auch die Tatsache, daß dem verhafteten Gehilfen erst nachts um 3 Uhr ein Strohsack als Lager gegeben wurde, nicht kritisieren, aber feststellen wollen wir, daß der Meister Rissenbeck die preußischen Behörden sehr genau zu kennen scheint. Zu einem streikenden Gehilfen, den er etwa eine Stunde nach dem Vorfall traf, sagte er nämlich: „Jetzt habe ich es aber einem Streikenden, ohne ein Wort zu sagen, so gegeben, daß gleich das Blut nur so gespritzt ist. Mir passiert ja doch nichts, denn wir leben ja Gott sei dank noch in Preußen!" Der Meister Rissenbeck ist ja übrigens als eine „fein" veranlagte Natur zur Genüge bekannt, davon können sein Lehrling und mehrere Gehilfen ein Liedchen singen. Und diese Sorte Leute entrüstet sich über den Terrorismus streikender Arbeiter!

Die Großindustrie im Dienste des Liberalismus. Unter dieser Überschrift beschäftigt sich die „Kölnische Volkszeitung" mit Vorkommnissen in Gerresheim, die eine geradezu erpresserische politische „Wirksamkeit" der Gerresheimer Glashütten-Kapitalisten aufweisen. Ein von den Glashütten-Gewaltigen errichteter nationaler Verein habe bereits 612 Mitglieder, 76 mehr als der liberale Kandidat bei der letzten Reichstagswahl Stimmen erhielt. Einem Aufruf „zur Vereinigung aller nationalgesinnten Parteien im Wahlkreis Gerresheim-Ludenberg" der an alle Wähler geschickt sei, hätte eine frankierte, an Herrn Heye (Hauptaktionär und Direktor der Glashütte!) adressierte Antwortkarte beigelegen, durch die der Unterzeichnete seinen Beitritt zum Verein erklären und seinen Namen für einen öffentlichen Aufruf für die Gründungsversammlung hergeben solle. „Die meisten, ja fast alle Arbeiter unterschrieben diese an den Fabrikherrn zu richtende Karte." Nun erschien die Einladung zu der öffentlichen Versammlung, „und unter dem Aufruf erschienen auch solche, die stets überzeugte Zentrumsanhänger gewesen waren". Darauf gerade hätte es Herr Heye abgesehen, „ihr Name sollte der Köder sein für andere Zentrumswähler". Das Manöver gelang teilweise. Die Versammlung, in der Herr Heye den Vorsitz führte, war gut besucht. Ein Mitglied des Zentrums bat um Diskussion, da sicherlich manche der Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten Wehrmann (Proturist der Glashütte!) nicht einverstanden sein würden. Er sei, meinte Herr Heye in seiner Antwort, durchaus nicht gegen eine freie Aussprache; aus taktischen Gründen und um die Versammlung nicht allzu sehr in die Länge zu ziehen, empfehle es sich für heute, von einer solchen abzusehen, um so mehr als in der nächsten Versammlung eine weitgehende Redefreiheit unerläßlich sei. Als Herr Stratmann auf Diskussion bestand, stellte Herr Heye die Entscheidung der Versammlung anheim. Aber wie hätten die Beamten und Arbeiter der Glashütte freie Aussprache gegen ihren Fabrikherrn wünschen dürfen, dem eine Diskussion offenbar sehr unerwünscht war? So stimmten denn nur die fünf unabhängigen Mitglieder der Zentrumspartei, die erschienen waren, für die Diskussion, und so war die Schwierigkeit für Herrn Heye und seinen Referenten, Herrn Wehrmann, beseitigt. Dieser bedachte die Versammlung nun mit einem längeren Vortrage, in dem er, da Widerspruch ja nicht zu fürchten war, die unsinnigsten Behauptungen aufstellte und mit den bekannten alten Ladenhütern gegen das Zentrum operierte. Dann „bewies" er noch, daß von keiner Seite auf Angestellte oder Arbeiter der Glashütte der mindeste Druck in irgend welcher Art ausgeübt worden sei, indem er diejenigen, auf die ein solcher Druck ausgeübt worden sei, bat, sich von ihren Plätzen zu erheben. Natürlich hatten Herr Heye und Herr Wehrmann nicht erwartet, daß einer den Mut haben würde, sich zu erheben. „Einstimmig" wurden die Statuten für den neuen Verein genehmigt, von denen § 2 besagt, daß diejenigen, die auf dem Boden des Zentrums oder der Sozialdemokratie stehen, nicht aufgenommen werden dürfen. Nach der „Kölnischen Volkszeitung" sind nicht nur Zentrumswähler, sondern auch Sozialdemokraten — „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe" — dem liberalen Verein beigetreten. Hatte schon die Liste, die in dieser Versammlung rundging, der nationalen Vereinigung 243 Mitglieder gebracht, so stieg die Zahl derselben in den folgenden Wochen stetig, dank der rührigen Tätigkeit des Herrn Heye und seiner höheren Beamten, die sich nicht scheuten, als Vertrauensmänner des Vereins die Arbeiter während der Arbeitszeit persönlich zum Beitritt in die Vereinigung aufzufordern. Die meisten mußten dem moralischen Druck, der auf sie ausgeübt wurde, nachgeben. Denn wenn ihnen etwa gekündigt wurde, mußten sie auch die Wohnung räumen und sie könnten in die unangenehme Lage kommen, mit ihrer Familie unter freiem Himmel zu kampieren. So hatte die „nationale" Vereinigung von Gerresheim-Ludenberg die stattliche Zahl von 612 Mitgliedern erreicht, und das Vaterland ist durch Herrn Heye vor der Sozialdemokratie und dem Zentrum gerettet. Die Quittung über diese ganz unzulässige Beeinflussung der Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber wird bei der nächsten Wahl erteilt werden. — Soweit die „Kölnische Volkszeitung". Wir bemerken noch, daß das Gerresheimer Glashüttenwerk eins der größten Unternehmen seiner Art ist. Es verfügt über ein Aktienkapital von 7 Millionen und Zweigfabriken in Porta, Hörstel, Kreuznach, Brackwede, Gernheim und Wittekind. Auf allen diesen Werken wurden 1906 ungefähr 5300 Arbeiter beschäftigt, denen ihre „Brotherren" auf die oben geschilderte scham- und skrupellose Weise ihr Staatsbürgerrecht rauben. Außer dem oben genannten Herrn Heye sind noch drei andere Mitglieder dieser Familie im Vorstand und Aufsichtsrat des Unternehmens, ferner Großbankiers und dergleichen. Dafür ist der Glashüttendirektor Heye seinerseits im Aufsichtsrats der Gas- und Elektrizitätswerke Benrath und in Gerresheim. Auch die Lohnsklaven dieser Werke unterliegen mithin seiner segensreichen politischen Bevormundung.

Eine noble Stadtverwaltung. Ein Nachspiel zu der Elberfelder Polizeiattacke am Reichstags-Stichwahl-Abende kam in der letzten Hauptversammlung der Krankenkasse für Handelsangestellte in Barmen zur Sprache. Und zwar wurde an dem Krawall-Abend ein Kassenmitglied durch den Säbelhieb eines Schutzmannes verwundet. Das Mitglied bezog deshalb 38 Mk. aus der Krankenkasse. In der wegen des Krawalls stattgefundenen Gerichtsverhandlung vor dem Elberfelder Landgericht wurde festgestellt, daß das betreffende Kassenmitglied an dem Krawall ganz unbeteiligt war; deshalb ersuchte der Kassenvorstand die Stadtverwaltung von Elberfeld um Rückerstattung der 38 Mk., weil das Mitglied unschuldigerweise von einem Beamten der Stadt Elberfeld verletzt worden war. Diese Rückerstattung lehnte die Stadt Elberfeld ab mit der Begründung, daß die Rückerstattung auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 verjährt sei. Der Kassenvorstand erklärte, er habe die Fristbestimmung auf Grund dieses Gesetzes nicht gekannt, bitte aber, wenn der rechtliche Anspruch verjährt sei, auf Grund der moralischen Verpflichtung um Rückerstattung der 38 Mk. Auch dieses Gesuch wurde von der Stadt Elberfeld kurzerhand abgelehnt. Nunmehr will der Kassenvorstand die Elberfelder Stadtverordnetenversammlung um Rückerstattung ersuchen.

Der Staatsanwalt gegen die Justiz. Das Landgericht in Bayreuth verurteilte einen 12 Jahre alten Knaben, weil er mit gleichalterigen Mädchen dumme Streiche gemacht hatte, wegen Sittlichkeitsvergehens zu einem Monat Gefängnis. Kein andrer, als ein sächsischer Staatsanwalt, Dr. Wulffen in Dresden, schrieb neulich über die Verurteilungen von Kindern wegen Sittlichkeitsvergehen: „Die Verurteilung von zwölf- bis vierzehnjährigen Kindern wegen Sittlichkeitsverbrechen an Kindern begegnet deshalb großen Bedenken. Sie haben noch keinen Begriff von der Geschlechtsehre, die sie verletzen; ihr geschlechtliches Schamgefühl ist nur etwas Angelerntes. Beobachtungen ihrer Umgebung lösen den in Kindern bekanntlich besonders lebhaften Nachahmungstrieb aus. Solche Kinder gehören nicht ins Gefängnis, sondern höchstens in eine Besserungsanstalt." — Herr Staatsanwalt Dr. Wulffen ist allem Anschein nach ein Mann, der ewig auf Beförderung und Ordensverleihung Verzicht geleistet hat. Sonst hätte er sich wohl gehütet, den Sozialdemokraten die Kritik an den Urteilen der deutschen Justiz abzunehmen.

Unverfrorene Agrarier. Als sich der Knecht eines Bauern in einem Dorfe bei Forchheim in Bayern bei seinem „Herrn" wegen des miserablen Essens beschwerte, da schrie ihn der „Herr" an, „er solle dann zum Teufel gehen". Der Knecht ging denn auch. Hintennach reute es den „Herrn" wieder und er zeigte den Knecht wegen Dienstentlaufens an. Das Schöffengericht in Forchheim mußte natürlich den Angeklagten freisprechen. — Da wundern sich die „Herren" immer über die Dienstbotennot auf dem Lande!

Die Zwickauer Grubenprotzen an der Arbeit. Kaum ist die Versammlung, in welcher die Zwickauer Bergarbeiter beschlossen, die Lohnbewegung vorläufig zu vertagen, vorüber, so fangen die Grubenprotzen schon wieder an, mächtiger als je ihr Haupt zu erheben und ihre Schikanierungen den Bergarbeitern gegenüber fortzusetzen. Die Arbeitszeit wird verlängert, ohne die Arbeiter zu fragen, Arbeit an heißen Örtern von 30 Grad Celsius ist gang und gäbe. So wurde dieser Tage kurzerhand auf einem Werke die Arbeitszeit „durch Anschlag" von 10 auf 12 Stunden verlängert, ohne zuvor mit der Belegschaft oder doch wenigstens, wie solches erwartet werden könnte, mit dem Arbeiterausschusse zu verhandeln. Von anderen Werken wiederum wird gemeldet, daß zum Teil sogar zwölfstündig, was gesetzwidrig ist, vor Örtern mit 30 Grad Celsius gearbeitet wird. Die Grubenprotzen pfeifen einfach auf das Gesetz, sie machen ihre Gesetze selbst; und wenn ein Arbeiter widerstrebt, den gesetzwidrigen Anforderungen Folge zu leisten, er — fliegt! — Die Grubenprotzen bestimmen über ihre Arbeiter wie in früheren Jahren die Lohnherren über die Lohnsklaven bestimmten. Die Beratung über den neuen Berggesetzentwurf der sächsischen Regierung im kommenden Landtag wird hoffentlich Gelegenheit geben, den Protzenstandpunkt der Zwickauer Grubenmagnaten einmal in das richtige Licht zu rücken.

Geschäft und Patriotismus. Die hochwichtige Frage: „Dürfen Kriegervereinsmitglieder ein für die Sozialdemokratie freigegebenes Lokal besuchen?" ist von den Kriegervereinen der Berliner Vororte nach gewissenhafter Prüfung dahin beantwortet worden, daß es für einen Kriegervereinler zwar nicht ratsam, aber auch nicht absolut verboten ist, Stammgast eines für sozialdemokratische Versammlungen freigegebenen Lokals zu sein. Oft zwängen schon geschäftliche Rücksichten einen Kriegervereinler, in solchen Lokalen zu verkehren, die Frage müsse daher von Fall zu Fall entschieden werden. Wo es also das Geschäft erfordert, darf der brave Kriegervereinler unbesorgt um sein patriotisches Seelenheil in den sozialdemokratischen Lokalen seinen Durst löschen und Umgang mit den ††† Umstürzlern pflegen. Läßt sich kein Geschäft machen, dann meidet ein königstreuer Mann selbstverständlich solche Lokale und entrüstet sich in seiner sozialistenreinen Stammkneipe tapfer über die vaterlandslosen Umstürzler. Man sieht, die Kriegervereinler können auch sehr realpolitisch sein und wissen Patriotismus und Geschäft harmonisch zu vereinigen.

Wie das Unternehmertum Arbeiter „ehrt"! Anläßlich der letzten großen Metallarbeiter-Aussperrung in München hat der dortige Metallindustriellen-Verband „Verdienstmedaillen" gestiftet, die alljährlich an solche Arbeiter verliehen werden sollen, die 25 Jahre und länger es fertig brachten, bei einem und demselben Arbeitgeber zu fronden. Am Sonntag vormittag wurden im Münchener Rathause ca. 100 Arbeitsveteranen mit der silbernen und goldenen Medaille dekoriert. Der Großbrauereibesitzer Gabriel Sedlmayer begrüßte die zahlreichen Prämiierungen als ein gutes Zeichen für das schöne Einvernehmen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wie dieses „gute Einvernehmen" aussieht, das mußten fünf Arbeiter der Hackerbrauerei, die 9 Proz. Dividende verteilt, erfahren. Die Arbeiter, die

---

Wieder streifte sie ein lauernder listiger Blick.

„Es ist so," entgegnete sie bekümmert.

„Beweise von überzeugender Kraft?"

„Überzeugend vielleicht für die Juristen, ja."

„Selbstverständlich für die Juristen," stimmte Ebeling verbindlich bei. „Doch die Juristen haben leider das letzte Wort in dieser Sache. Und wenn richtig ist, was ich eben erfuhr, als ich hierherkam —"

„Was erfuhren Sie?"

„Eine halbe Stunde vorher haben die Herren das Haus verlassen, Herren vom Gericht oder Amt — sie sollen ein Kistchen mit falschem Gold in einem raffiniert gewählten Versteck beschlagnahmt haben —"

„Das haben Sie schon gehört?" fragte Grete verblüfft.

„Gewiß. Der Polizeidiener Krause hat es auf dem Wege nach dem Amt dem Kaufmann Sander erzählt und der berichtete es gerade einigen Freunden, als ich vorüber ging. Natürlich frug ich was los sei — und offengestanden, die Auskunft, die Sander mir gab, veranlaßte mich erst, meine Schritte schleunigst hierherzulenken. Ursprünglich gedachte ich spazieren zu gehen, da ich heute früher Feierabend gemacht habe. Aber nachdem ich erfahren, wie es um Ihren armen Herrn Vater stand, hielt mich nichts mehr zurück."

Er blickte sie erwartungsvoll an, in der Voraussicht, daß sie sprechen werde, da das nicht nicht geschah, nahm er nach kurzer Pause den Faden seiner Rede wieder auf:

„Um auf den Anfang zurückzukommen, Fräulein Mohring. Wenn also richtig ist, was ich eben erfuhr — und Ihre Frage hat mir die Wahrheit bestätigt — so droht dem Prozeß Ihres Vaters ein schlimmer Ausgang. Zehn gegen eins ist zu wetten, daß er verurteilt wird. Niemand wird mehr den Beteuerungen seiner Unschuld Glauben schenken. Vielleicht klingt es hart, wenn ich Ihnen das sage, aber ich darf es tun, weil ich Ihnen ein Mittel eröffnen kann, diesen Ausgang zu verhindern."

„Sie? Wüßten Sie wirklich ein solches Mittel?" fragte Grete ungläubig.

„Ja. Und niemand anders als ich kennt es oder wäre im Stande, es anzuwenden," antwortete der lange Mensch prahlerisch.

„Ich verstehe Sie nicht. Sie behaupten allen Ernstes, Sie wüßten ein Mittel, meinen Vater zu retten?"

„Gewiß. Bevor ich jedoch weiter gehe, müssen Sie mir auf Ehrenwort versprechen, von dem Inhalt unserer heutigen Unterredung niemand Kenntnis zu geben. Jedes Wort davon muß zwischen uns allein bleiben. Wollen Sie mir das versprechen?"

Grete bedachte sich einen Moment, dann erklärte sie ruhig, sie verspreche es.

„Ihre Hand darauf."

„Hier ist sie."

„Gut, so vernehmen Sie denn, daß es sich nicht etwa bloß darum handelt, Ihrem Vater seine Freiheit zurückzuerobern, sondern darum, seine Unschuld klar und auch für jedermann einleuchtend nachzuweisen. Ich nur allein vermag das!"

Grete schüttelte zweifelnd den Kopf. Die Kühnheit seiner Versicherung flößte ihr Mißtrauen ein, in so zuversichtlichem Tone sie auch vorgetragen wurde.

„Wie sollten gerade Sie vermögen, was außerhalb der Macht eines Menschen zu stehen scheint?" warf sie in nachdenklicher Weise hin. „Sie sind ebensowenig ein Zauberer, wie andere Leute."

Er lachte — ein keckes Lachen voll Siegeszuversicht und Selbstbewußtsein.

„Ein Zauberer bin ich allerdings nicht," bedeutete er mit schlauem Augenzwinkern. „Die Sache erklärt sich ganz natürlich. Wenn mir nun zufällig ein Umstand bekannt geworden wäre, der geeignet ist, die Beweise gegen Ihren Vater zu entkräften?"

Grete wurde doch stutzig.

„Sie kennen einen solchen Umstand?"

„Ich antworte zunächst nicht hierauf. Ich erkläre Ihnen nur, daß ich in der Lage bin, die Unschuld Ihres Vaters nachzuweisen und daß ich hierzu auf der Stelle die nötigen Schritte tun werde, wenn Sie auf eine einzige Bedingung eingehen."

Gretes schmerzerfüllte Züge hatten sich während der letzten Minuten aufgehellt wie unter der Einwirkung eines immer intensiver leuchtenden Lichtes. Bei den Schlußworten des jungen Mannes verlor sich der leuchtende Schein wieder, die frühere Düsterkeit und Trübseligkeit kehrten zurück.

„Sie stellen eine Bedingung? Und welche?"

„Die Bedingung, daß Sie die Meine werden!"

Er sprach diese Forderung rasch und laut, doch nicht ohne eine Anflug von Verlegenheit aus. Selbst sein schamloser Sinn empfand einen Augenblick das Niedrige und Unwürdige eines derartigen Begehrens in solcher Stunde und unter solchen Verhältnissen. Er fühlte sich gedrungen, sein Verhalten zu rechtfertigen, zu begründen, und als er auf dem Antlitz des jungen Mädchens Wolken des Unmutes und der Empörung aufziehen sah, begann er schnell und beflissen auf sie einzureden:

„Halten Sie Ihren Zorn zurück, Fräulein Grete, bis Sie mich zu Ende gehört und alles genau erwogen haben. Sie wissen, wie ich Sie liebe — seit langer Zeit und glühend liebe, und was ich es mir für Mühe habe kosten lassen, Sie zu gewinnen! Können Sie es mir verargen, wenn ich alles daran setze, mein Ziel doch noch zu erreichen."

„Sie haben mich also betrogen?" rief die Tochter des Verhafteten, sich stolz und zornig emporrichtend. „Alles war Lug und Schwindel, Sie benutzten das Unglück meines Vaters für Ihre erbärmlichen Zwecke? Sie wissen nichts, was ihm nützen kann und mißbrauchten die Liebe einer unglücklichen, trauernden Tochter, sich Eingang zu verschaffen, indem Sie eitle Hoffnungen in ihr erweckten? Fort mit Ihnen, mein Herr!"

Arthur Ebeling war aufgesprungen — hochrot im Gesicht, streckte er wie beschwörend den Arm gegen die Entrüstete aus.

„Fräulein Grete, ich habe wahrhaftig kein frivoles Spiel mit Ihnen getrieben! Was ich versprochen, halte ich auch! Geben Sie mir Ihr Wort und ich schwöre Ihnen, daß Ihr Vater noch morgen frei wird!"

Ernst, fast feierlich war der Klang seiner Rede — Grete stutzte zum zweiten Male und blickte ihn voll Erstaunen an. Endlich sagte sie:

„Was sie versprechen, ist viel und ich kann mir nicht denken, daß Sie es zu erfüllen vermögen. Sollte es aber auch der Fall sein, ja sollten Sie die Macht besitzen, meinen guten Vater in der nächsten Stunde frei zu machen, so gibt Ihnen dies kein Recht, so zu mir zu sprechen, wie Sie getan. Wenn sie von der Schuldlosigkeit meines Vaters überzeugt sind und dies zu beweisen vermögen, so ist es ihre Pflicht als Mensch und Christ, unverzüglich die nötigen Schritte zu tun, ohne sich vorher einen Lohn für diese Tat auszubedingen!"

(Fortsetzung folgt.)

der Firma zu einer solch billigen Reklame verhalfen, mußten nämlich am Tage ihrer Auszeichnung früh morgens antreten und bis 8 Uhr schanzen. Erst dann konnten sie schweißtriefend nach Hause eilen, sich in den Sonntagsstaat werfen, nach dem Rathause eilen, um sich hier mit hungrigem Magen für ihre Verdienste für das profitgierige Unternehmertum mit der „Silbernen" dekorieren zu lassen. Erst der Profit und dann die — Dekoration, das sollten die „Altbewährten" denn auch wissen.

Pfui Teufel, die Arbeiter. Die „liberale" „Augsburger Abendzeitung" enthält in ihrer Nr. 195 eine Forderung an die Eisenbahnverwaltung, wonach in Lokalzügen Wagen für „bessere" Leute und für Arbeiter eingestellt werden sollen, denn „es ist gerade nicht angenehm, namentlich mit Kindern, den Zug auf- und abspringen zu müssen, bis man endlich mit sauberen Kleidern bei den meistens mit Schmutz überzogenen Arbeitern Platz findet und deren oft noch schmutzigere Unterhaltung mit anhören muß". Vor den Wahlen hätte sich das liberale Blatt gehütet, sich eine solche Gemeinheit zu leisten.

Die Kreiskonferenz des 3. braunschweigischen Reichstagswahlkreises hat die Nominierung des Genossen Calwer zum Reichstagskandidaten abgelehnt. In der Presse taucht die Behauptung auf, die Beschlußfassung der Konferenz beruhe auf der Einwirkung des Parteivorstandes. Diese Behauptung ist aus der Luft gegriffen. Von der Absicht der Genossen des 3. braunschweigischen Reichstagswahlkreises, den Genossen Calwer nicht wieder als Reichstagskandidat zu nominieren, sowie der Ausführung dieser Absicht hat der Parteivorstand erst Kenntnis durch die Veröffentlichung des Berichts über die Verhandlungen der Kreiskonferenz erhalten.

Zum internationalen Kongreß. Das Empfangskomitee hat sein Quartier in einem von der Eisenbahnverwaltung eingeräumten, in der Mittelhalle des Stuttgarter Hauptbahnhofs befindlichen Warteraum aufgeschlagen. Die auf Bahnsteig III und in der Mittelhalle befindlichen Zugänge zum Empfangsbureau sind mit durch Tannenreis und roter Draperie geschmückten Plakaten versehen und damit für jeden sofort kenntlich gemacht. — Das Empfangsbureau ist bis Sonntag Tag und Nacht geöffnet. Die Verständigung mit den der deutschen Sprache nicht mächtigen Kongreßteilnehmern wird durch drei der englischen und französischen Sprache mächtige Dolmetscher abwechselungsweise vermittelt. Zur Erleichterung des Verkehrs steht dem Empfangskomitee ein besonderer Fernsprechautomat zur Verfügung. Die Zahl der fremdländischen Gäste mehrt sich von Stunde zu Stunde. Neben zahlreichen russischen Parteigenossen sind auch bereits holländische, belgische, amerikanische und australische Genossen und Genossinnen eingetroffen.

Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus in Stuttgart. Am gestrigen Nachmittag fand eine Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus statt, die sich bis gegen 7 Uhr abends ausdehnte. Anwesend waren Iglesias, Troelstra, Ferri, Bebel, Singer, Rosa Luxemburg, Jaurès, Vaillant, Frau Balabanoff, Lenin, Rubanowitsch, Knudsen, Vandervelde, Anseele, Huysmans, Hobson, Deleone, Branting, van Kol, Skaret, Nemec, Soukup, Dr. Adler und Hillquit. Den Vorsitz führte Vandervelde, als Sekretär fungierte Huysmans. Zunächst ersuchte die sozialistische Partei Kubas, ihre Stimme Spanien übertragen zu dürfen. Das Ersuchen wurde abgelehnt, da jedes Land sich nur durch eigene Delegierte vertreten lassen kann. Ferner lag ein Antrag der armenischen revolutionären Föderation vor, von der sich eine Mitgliedschaft als tückische revolutionär-sozialistische Sektion abgesondert hat und die Anerkennung durch das Bureau als besondere sozialistische Partei mit Stimmrecht auf dem Kongreß verlangt. Dieser Antrag fand lebhaften Widerspruch, da der sozialistische Charakter der Organisation von mehreren Seiten bestritten wurde. Die Beschlußfassung hierüber wurde ausgesetzt. Die wichtigste Frage, die das Bureau zu erledigen hatte war die Frage nach der Zusammensetzung der Kommissionen. Hierzu wurde nach längerer Aussprache beschlossen, daß jede Nation höchstens 4 Stimmen haben soll. Bisher hatte jede Nation nur 2 Stimmen. In der Kommission selbst wird nach Köpfen abgestimmt, nicht nach der Zahl der Stimmen, über die jede Nation verfügt. Der Schluß der Sitzung wurde mit geschäftlichen Angelegenheiten ausgefüllt.

Ein Parteisekretär wird für den vier Reichstagswahlkreise umfassenden Agitationsbezirk Leipzig gesucht. Es wird auf eine tüchtige, organisatorisch begabte Kraft reflektiert, die auch mit der Agitation auf dem Lande vertraut ist. Bewerbungen mit Angabe des Bildungsganges, der bisherigen Tätigkeit und der Ansprüche sind bis zum 25. August an den Vorsitzenden des Agitationskomitees, Richard Lipinski, Leipzig, Elsterstr. 14, einzusenden.

Ausschluß aus der Partei. Eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Kronach in Oberfranken hat nach gründlicher Prüfung einstimmig eine Resolution angenommen, wonach der vormalige Kassierer der Sektion Nordhalben, Simon Wunder, durch seinen bei der Landtagswahl 1907 zugunsten des Pfarrers Graudinger verübten Parteiverrat es verwirkt hat, jemals wieder in der sozialdemokratischen Partei Mitglied werden zu können.

Aus dem Gerichtssaal.

Militärjustiz. Das Kriegsgericht in Stettin hatte sich mit einer Widerstandsaffäre des Musketiers Czaplewski zu beschäftigen. Czaplewski hatte in der Trunkenheit zwei Unteroffiziere ins Gesicht geschlagen und sich der Festnahme widersetzt. Das Gericht verurteilte Czaplewski wegen Beharrens im Ungehorsam, fortgesetzten tätlichen Vergreifens an Vorgesetzten, Beleidigung von Vorgesetzten und Beschädigung dienstlicher Gegenstände unter Zubilligung mildernder Umstände zu der harten Strafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Ein Monat der erlittenen Untersuchungshaft gelangt in Anrechnung. In der Begründung des Urteils wurde u. a. ausgeführt, daß die beiden Unteroffiziere durch zu starkes Betonen ihrer Autorität zweifellos an der ganzen Affäre große Schuld getragen hätten. — Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich der Hauptmann v. Unruh von der 6. Kompagnie des 1. Garderegiments vor dem Kriegsgericht der 1. Gardedivision in Berlin zu verantworten. Am Dienstag vor 14 Tagen war das 1. Garderegiment nach dem Truppenübungsplatz Döberitz marschiert; die 6. Kompagnie hielt dort unter der Leitung des Kompagniechefs Hauptmann v. Unrus ein Gefechtsexerzieren ab. Nicht weit von der Stelle, an der die Übung vorgenommen wurde, wurde von einem anderen Truppenteil Scharfschießen abgehalten. Eine der Kugeln irrte dabei ab und traf unglücklicherweise einen der Grenadiere der 6. Kompagnie. Der Hauptmann ließ dem Schwerverletzten die erste Hilfe zu teil werden und sorgte für dessen Überführung nach dem nächsten Garnisonlazarett. Bald nach der Einlieferung starb jedoch der Angeschossene. Gegen den Hauptmann wurde ein Strafverfahren eingeleitet, da er in fahrlässiger Weise das Unglück verschuldet hatte. Er mußte wissen, daß in der Nähe scharf geschossen wurde, und durfte infolgedessen seine Mannschaften an der gefährdeten Stelle nicht üben lassen. Das Urteil lautete auf sechs Wochen und einen Tag Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Ein Überfall. In Zabrze drangen 11 Arbeiter aus Paulsdorf, Bielschowitz und Zaborze auf Dominium Neurode in ein Familienhaus des Dominiums ein und überfielen die dort beschäftigten ruthenischen Arbeiter. Sie bedrohten sie mit dem Tode, zertrümmerten die Wohnungseinrichtung und verletzten die Arbeiter mit Dunggabeln schwer. Drei Rädelsführer wurden verhaftet.

Schwere Gewitter gingen gestern über Eisenach, Ruhla, Gotha und Umgegend nieder, die an Feldern und Gärten großen Schaden anrichteten. Durch die taubeneigroßen Hagelstücke wurden zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert. Zahlreiche Vögel wurden erschlagen. Viele Obstbäume wurden vom Sturm umgebrochen. Auf dem Brocken wurden 450 Fensterscheiben auf der Westseite des Brocken-Hotels durch Hagel zerstört. — In den rechtsrheinischen Teilen der Rheinprovinz und besonders im Siegertal gingen gestern abend schwere Gewitter mit Hagelschlag nieder, die einen Teil der Ernte vernichteten.

Die Skandalaffäre in Troppau. In den letzten Tagen nahm die Polizei auf Grund der Aussagen mißbrauchter Schulmädchen noch zwei weitere Verhaftungen vor, und zwar die eines Hausbesitzers und eines Arbeiters; beide sind der ihnen zur Last gelegten Verbrechen geständig. Am schwersten kompromittiert erscheint ein Troppauer Spezialarzt, der sich nach der Angabe mehrerer Schulmädchen, die in der Sprechstunde ärztliche Hilfe bei ihm suchten, bei dieser Gelegenheit an ihnen vergangen haben soll.

Falschmünzer. In den letzten Tagen waren in Nürnberg viele falsche Zwanzigmarkstücke in Umlauf. Die Polizei verhaftete jetzt die Falschmünzer, drei dortige Mechaniker, und beschlagnahmte bei ihnen rund 800 Falsifikate, ferner Matrizen und sonstige Falschmünzerapparate. Die Falschstücke fallen durch ihre gelbe Farbe auf.

Ein Gelehrter als Raubmörder. Auf dem Bahnhof Mittelgrund bei Tetschen wurde der Realschulprofessor Drost aus Wallachisch-Meseritsch unter dem Verdachte verhaftet, am 6. August die Verkäuferin Dora Rose in Hannover ermordet und beraubt zu haben.

Eine Staatsaktion. Aus einem Dorfe des grünen Steigerwaldes kam kürzlich der Bauer Joh. Schmidt mit seinem achtjährigen Buben nach Ebrach. Als sich die beiden das dortige Zuchthaus von außen besahen, fragte der wissensdurstige Junge, was denn die Soldaten — er meinte die Wachtposten — da zu tun hätten. Der Vater erklärte: „Da stellt man 2 Kerle her und in der Mitte läßt man die Spitzbuben durchlaufen!" — Der Bube stutzte, gleich darauf aber auch der väterliche Dozent, denn die Wache stellte die Personalien des bäuerlichen Spötters fest. Das 9. Infant.-Regmt. stellte dann noch Klage und das Schöffengericht in Burgebrach verurteilte endlich Schmidt zu 3 Mk. Strafe.

Eine verschwundene Insel? Wie der „Frankf. Ztg." aus Honolulu gemeldet wird, suchte ein Schoner vergeblich 12 Tage lang nach der Insel Laysan auf dem Havaiarchipel, die von einer Anzahl Japaner bewohnt ist. Man befürchtet, daß die Insel infolge eines Erdbebens versunken ist.

Wölfe in Ostpreußen. Über das Vorkommen von Wölfen in Ostpreußen wird aus dem Neidenburger Kreise folgendes gemeldet: Nachdem bereits vor mehreren Tagen in der Oberförsterei Kaltenborn ein starker Wolf erlegt wurde, hat jetzt der Hegemeister Lemke im Schutzbezirke Klein-Malga die frische Spur eines schwächeren Wolfes festgestellt; es handelt sich vermutlich hierbei um das Weibchen des geschossenen Wolfes. Eine sofort angestellte Treibjagd hatte keinen Erfolg, da die Wölfin in ein Dickicht ausgebrochen ist. Ferner wurde im Grünfließer Forstbezirk eine Wölfin mit drei jungen Wölfen gesehen. Die Gestelle an der Grenze werden gepflügt und von Zeit zu Zeit frisch abgeeggt, damit jede Spur darauf sofort zu erkennen ist.

Ein fideler Ratskeller. Einer Nachricht eines bürgerlichen Blattes zufolge mußte dem Pächter des Ratskellers in der oberfränkischen Kreishauptstadt Bayreuth die Konzession entzogen werden, weil „speziell in den Nischen der unteren Lokalitäten zwischen den Kellnerinnen und Gästen ein Verkehr stattgefunden hat, der sich von dem eines Bordells nicht wesentlich unterscheidet." Über die saubere Angelegenheit wurden natürlich auch Vernehmungen gepflogen, wobei verschiedene Herren aus der besseren Gesellschaft Bayreuths ihre Aussage verweigert haben. Das will etwas heißen!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief Freitag abend 6½ Uhr unsere innigstgeliebte einzigste Tochter **Hertha** im zarten Alter von 1½ Jahren. Tief betrauert und schmerzlichst vermißt von ihren Eltern und Brüdern.

Herm. Dorendorf und Frau
geb. Artmer.

Die Beerdigung findet statt am Dienstagnachmittag 3 Uhr vom Sterbehause, Schwartauer Allee 158.

Zum bald. Antritt wird in der Nähe Lübecks ein einfaches junges Mädchen, welches kinderlieb ist, gesucht.
Näheres Rosenstraße 2, part.

Gesucht zum 1. Oktober oder 1. November
1 tüchtiger Hausknecht
Warendorpstr. 25.

Zum 1. Oktober **ein leeres heizbares Zimmer zu vermieten.**
Kerckringstraße 30.

Zu vermieten zum 1. Oktober eine
2 Stuben-Wohnung
für kleine Familie.
St. Annenstraße 14/7.

Ein moderner Kinderwagen
mit Gummireifen zu verkaufen.
Steinraderweg 30b, II.

Billig zu verk. mehrere Sofas
Königstraße 28.

Gut erhaltenes Fahrrad mit Freilauf u. Rücktrittbremse für 60 Mk., gutes Brennabor-Fahrrad für 35 Mk.
Böttcherstraße 5.

Handfester Wagen, passend für Krämer, Bäcker, Händler, zu verkaufen.
Waisenhofstraße 25.

Ein gut verzinsbares Haus zu verkaufen.
Gewerbesstraße 48, pt.

Damen-, Herren- und Kinderstrümpfe
empfiehlt zu billigen Preisen
Henriette Calm, Schwartauer Allee 127.

Zu verkaufen ein
Gewerkschafts-Haus
in einer verkehrsreichen **Provinzialstadt Schleswig-Holsteins.** Logierhaus und Fremdenverkehr (30 Betten), neue Turnhalle, sämtliche Gewerkschaften sind im Hause.
Näheres in der Expedition d. Bl.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am Sonntag, 18. Aug., von 1 Uhr mittags an.
Dr. med. Busch.
Dr. med. Stoffer.
Dr. med. Christern.

Ehrenerklärung.
Die Beleidigung gegen Herrn Schröder nehme ich hiermit zurück.
H. Reuter.

Käse kauft man gut und billig im Spezial-Geschäft Fünfhausen 22
Partie **Tilsiter Bruchkäse** Pfd. 15—20 Pfg.
ff. Tilsiter Vollfett-Käse . . Pfund 60 Pfg.
F. Franz, Fünfhausen 22.

Es ist **Tatsache,** daß ich die meisten **Verlobungs-Ringe** an meine **Arbeiter-Kundschaft verkaufe.**
G. Creutzfeldt, Goldschmied, **Sandstr. 4.**

Ein großer Posten Arbeitsschuhe (Handarbeit)
soll wegen vorgerückter Saison von **3,75** Mk. an verkauft werden,
Hunderte Paare Schaftstiefel
aus genarbtem Rindleder von 7,75 Mk. an
Dreiviertelstiefel „ 9,50 „ „
Knopfstiefel, wie bestellt gemacht, „ 13,50 „ „
38 Marlesgrube 38.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
Bei Barzahlung Rabatt.
Teilzahlung gestattet.
Gebe rote Lubeca-Marken.

Einzig
schön ist ein zartes, reines **Gesicht,** rosiges, jugendfrisches **Aussehen,** weiße, sammetweiche **Haut** und blendend schöner **Teint.**
Alles dies erzeugt die echte
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Radebeul
mit Schutzmarke: Steckenpferd.
à St. 50 Pf. bei: **Ferd. Kayser, Herm. Blaser, G. Dungert, Heinr. Heickendorff, Carl Schmidt, Rud. Karstadt, Wilh. Bandholz, Bluhme Jebsen, Aug. Prösch, H. Wittmack,**
sowie in der **Löwen-Apotheke.**

Adler-Brauerei Lübeck
empfiehlt ihr
verbürgt rein aus Hopfen und Malz hergestelltes
vorzügliches Lager-Bier
in Gebinden und Flaschen.
Fernspr. 693.

Täglich in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot.
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110.

Achtung!

Neben meinem **Restaurant** bringe den

Kleinverkauf von Spirituosen

sowie **Wein und Flaschenbier** in empfehlende Erinnerung.

Johs. Frahm, Meyers Nachf.,

17b Schwartauer Allee 17b.

WAISEN-HOF.

Fackenburger Allee 56.

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.

v. Robowski.

Einsegel.

Heute Sonntag:

Familien-Kränzchen.

Freier Eintritt. — Freier Tanz.

Central-Hallen.

Dankwartsgrube 20—22.

Jeden Sonntag:

Großer Tanz

in beiden Sälen.

Anfang 4 Uhr.

Louisenlust.

Morgen Sonntag:

Große Tanz-Musik

W. Gloe.

Gesellschaftshaus Adlershorst.

Morgen Sonntag:

Tanzkränzchen.

Friedrich-Franz-Halle.

Jeden Sonntag:

Familien-Kränzchen

Gustav Glöde.

Kücknitz.

W. Dieckelmanns Gasthof.

Sonntag, d. 18. u. Sonntag, d. 25. Aug.:

Gr. Scheibenschieß. u. Preiskegeln

Vormittags von 11—1 Uhr.
Nachmittags von 2—7 Uhr.
Abends:

Grosse Tanzmusik.

Hierzu ladet freundlichst ein

W. Dieckelmann.

Sparklub „Einigkeit".

Am Sonntag, den 18. August 1907:

Großer Ball

im Kaffeehaus Moisling.

Das Komitee.

Quartettverein Amicitia.

Sommer-Fest

verbunden mit

Preisschießen, Damen- u. Kindervergnügen

am Sonntag, den 18. August 1907

im Lokale des Herrn Fürböter,

„Wakenitz-Bellevue"

Preisschießen von 11—1 Uhr vorm. und von nachm. 4 Uhr an.
Ball von 7 bis 2 Uhr.
Ziehung der Tombola 9 Uhr abends.
Einführung gestattet.

Der Vorstand.

Zauberflöte.

Neu! Neu!

Täglich grosses Künstler-Konzert.

ff. Kieler Schlossbräu.

Eintritt frei.

H. Wulff.

Konzerthaus Harmonie

Hüxstraße 110.

Täglich Konzert u. Auftreten des Tiroler Musik- u. Gesangs-Ensembles

„Alpenglühen".

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Sozialdemokratischer Verein

Lübeck.

Einladung zur

Lassalle-Feier

bestehend aus **Konzert, Ansprache,** gehalten vom Genossen **Dr. Schlomer, Vorträgen verschiedener Gesangvereine und Aufführungen des Arbeiter-Turnvereins,** sowie des **Arbeiter-Radfahrer-Vereins**

am Sonnabend, den 31. August 1907

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Beginn der Feier abends 8 Uhr. **Kassenöffnung 7½ Uhr.**

Eintritt **20** Pfg. — Kinder zahlen an der Kasse die Hälfte.

Karten sind zu haben im „Vereinshaus", Johannisstr. 50, bei Wittfoot, Hüxstr., Grünewald, Böttcherstr., Ludw. Klein, Hüxstr., G. Meyer, Friedenstr. 35 und C. Schröder, Lederstraße, sowie bei sämtlichen Distrikts- und Bezirksführern.

Das Komitee.

Vereinshaus.

Großes

Garten-Konzert

und italienische Nacht

Donnerstag, d. 22. August.

Anfang 8 Uhr. **Eintritt à Person 10 Pfg.**

Karten sind zu haben bei: Wittfoot, Hüxstr. 18, Klein, Hüxstr. 94, Schröder, Lederstr. 3, Grünewald, Böttcherstr. 18, G. Kähler, Sadowastr. 11a.

Hierzu ladet freundlichst ein **F. Leeke.**

Gesangverein „Eintracht"

Vogelschießen

bestehend in

Konzert, Ball, Damen- und Kindervergnügen

am Sonntag, den 18. August

im Vereinshaus, Johannisstr. 50|52.

Beginn des Schießens vorm. von 11—1 Uhr, nachm. von 4—7½ Uhr.
Konzert von 5—7 Uhr. Ballanfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr.
Damenvergnügen von 5 bis 7 Uhr. Kindervergnügen 5 Uhr.
Laternen-Polonaise für Kinder 7 Uhr.

Eintritt zum Konzert und Ball für Nichtmitglieder 60 Pfg., eine Dame frei.

Eintritt zum Konzert für Nichtmitglieder 10 Pfg. pro Person.

Der Vorstand.

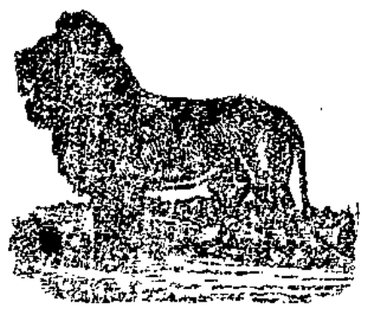
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.

Hansa-Theater

R

ab 1. September:

Es lebe der Reservemann!

Zirgarten  **Pfalz**

Sonntag, den 18. August:

Gr. Garten-Konzert.

Eintritt 10 Pfg. Anfang 4 Uhr.
Fütterung der Raubtiere: 6 Uhr.

Wilh. Grammerstorf.

Verein selbst. Schuhmacher.

Ausflug nach Schwartau

mit nachfolgendem Kränzchen

im Hotel Germania

am Sonntag, den 25. August.

Abfahrt Drehbrücke 3 Uhr.
Eintritt zum Kränzchen 50 Pfg.
Es ladet freundlichst ein Das Komitee.

Restaurant z. Polirkrug

Geschützte Lauben
und geschlossene Veranda.

Angenehmer Familienaufenthalt.

Zur Einkehr empfiehlt sich

F. Strohkar, Schwartauer Allee 92.

Flora.

Morgen Sonntag:

Tanz-Kränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Max Siems.

Hansa-Theater

Heute Sonnabend, 17. August:
2. Tag der

II. gr. internationalen Ringkampfkonkurrenz

ringen:

Reiber Hart'l Steiermark.
Hitzler Deutschland.
Mustapha Memedoff Türkei.

gegen

Hissmann Westfalen.
Felgenhauer Berlin.
Stalling Bremen.

Vorher:

Spezialitäten-Teil.

Vorverkauf bei **Sager.**

Morgen Sonntag, 18. August,
3. Tag der

II. gr. internat. Ringkampfkonkurrenz.

Wilhelm-Theater.

Sonntag: 7 Uhr. 76. Abonnements-Vorst.
Große Doppel-Vorstellung.
Zwei Lustspiele von Blumenthal u. Kadelburg.

Im weißen Rößl

und die Fortsetzung:

Als ich wiederkam . . .

Montag: 7½ Uhr. 77. Abonn.-Vorst.
Jeder Platz 50 Pfg.
Zum letzten Male:

Frauenliebe und Frauenleben.

Gesang: Frau Dr. Fuchs-Brandt.

Hierauf: **Heimat.**

Stadthallen-Theater.

Direktion: **Ludwig Piorkowski.**

Sonntag, 7 Uhr. 60. Abonn.-Vorstellung.

Große Doppel-Vorstellung

zu einfachen Preisen.

Frühlingsluft.

Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.

Hierauf:

Die Anna-Lise.

Histor. Lustspiel in 5 Akten von Hersch.

Montag, 8 Uhr: 61. Abonn.-Vorst.

Volkstümliche Vorstellung.

Jeder Platz 50 Pfg.

Der Veilchenfresser.

Lustspiel in 4 Akten von Moser.